

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 37.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 14. September 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Befehrs-Adresse: Zentralverband Düsseldorf

14. Jahrg.

Fröhlich sein!

Du wirst es nie zu Tücht'gem bringen
bei deines Grames Träumerei'n,
die Tränen lassen nichts gelingen,
wer schaffen will, muß fröhlich sein.

Wohl keine wecken mag der Regen,
der in der Scholle niederbricht,
doch golden Korn und Erntesege
reißt nur heran bei Sonnenlicht.

Ch. Fontane.

Zur Verbandsgeneralversammlung.

Die Generalversammlung unseres Verbandes steht vor der Tür. Die Vorbereitungen in den Ortsgruppen sind wohl beendet. Die Delegiertenwahlen sind getätigt und im allgemeinen glatt von statten gegangen. Zu Unstimmigkeiten zwischen den Ortsgruppen, die gemeinsam einen Kandidaten zu bestellen hatten, ist es diesmal erfreulicher Weise nicht gekommen. Einige Unzuträglichkeiten, die sich vereinzelt bei der Wahl ergeben haben, können für das nächste Mal durch eine kleine Ergänzung und genauere Fassung unseres Wahlreglements vermieden werden. Die Diskussion im Verbandsorgan ist erschöpft. Da wollen wir, wie in früheren Jahren, einen kurzen, zusammenfassenden Rückblick auf die Diskussion werfen und ferner in knappen Zügen die Anträge einer Besprechung unterziehen, ohne dadurch den Verhandlungen in Elberfeld vorgreifen zu wollen.

Die Diskussion zur Generalversammlung im Verbandsorgan war in diesem Jahre

außerordentlich rege,

denn die Zahl der Zuschriften überstieg die bei früheren Generalversammlungen bei weitem. Das ist eine sehr erfreuliche Tatsache, die zeigt, daß in weiten Mitgliederkreisen eine große, lebendige Anteilnahme an dem Wohl und Wehe unseres Verbandes vorhanden ist. Je größer der Kreis der Personen ist, die mit dem Verbandsorgan wirklich mitleben und die seine ferneren Geschicke mit lebhaftem Interesse zu gestalten versuchen, desto kräftiger ist das Fundament, auf dem unser Verband ruht, desto stolzer und stärker steht er da. Der Kern aller Zuschriften war

die Frage der Lokalzuschläge,

die auch wohl in der Hauptsache die starke Beteiligung an der öffentlichen Diskussion veranlaßt haben wird. Daß sie der Kardinalpunkt der ganzen Diskussion werden würde, war vorauszu sehen. Beitragserhöhungen regen die Mitglieder in der Regel viel tiefer auf, als andere Fragen. Nach den Zuschriften zu urteilen, stehen dem Beschlusse auf obligatorische Einführung von Lokalzuschlägen in Elberfeld keine großen Schwierigkeiten mehr im Wege. Die Notwendigkeit einer Stärkung unserer Zentralkasse wird von den meisten Mitgliedern anerkannt, und auch mit dem Wege, den der Zentralvorstand dazu vorgeschlagen hat, sind sie im allgemeinen einverstanden. Noch in den letzten Wochen sind zahlreiche Ortsgruppen freiwillig zur Einführung eines Lokalzuschlages geschritten. Nun muß es das Bestreben aller Delegierten sein, in Elberfeld einen einstimmigen Beschluß in dieser Frage zu erzielen, um nach außen hin zu imponieren und die zagenden und schwankenden Mitglieder aufzurichten und mitzureißen. Das würde für die generelle Durchführung der Lokalzuschläge von außerordentlich großem

Werte sein und unseren Vorständen und Vertrauensmännern die Arbeit wesentlich erleichtern.

Diejenigen Zuschriften, die sich gegen die Lokalzuschläge aussprechen, haben stichhaltige Gründe dafür nicht anführen können. Es war immer nur die Furcht vor Mitgliederverlusten, die gegen die Lokalzuschläge geltend gemacht wurde. Diese Kollegen sehen entschieden zu schwarz.

Weg mit einem solchen verderblichen Pessimismus,

der die Arbeitslust lähmt und sie zur totalen Mutlosigkeit herabdrückt. Es hängt allein von den führenden Kollegen selbst ab, ob wir durch die Neuerung viele Mitglieder verlieren werden. Wo die Sache richtig angefaßt wird, die Vorstände und Vertrauensmänner selber von dem echten gewerkschaftlichen und opferfreudigen Geiste befeelt sind, können die Lokalzuschläge ohne nennenswerten Mitgliederverlust durchgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit soll der weitverbreiteten Mär entgegengetreten werden, als ob wir nach der Augsburger Generalversammlung 1908 infolge der damaligen Beitragserhöhung so viele Mitglieder verloren hätten. Das ist nicht richtig. Ein großer Teil des damaligen Mitgliederverlustes war schon vor der Generalversammlung und vor der Durchführung der Beitragserhöhung zu verzeichnen, dann hatten wir damals das starke Abwärtssteigen des gewerblichen Beschäftigungsgrades, und schließlich hat sich bei der damaligen Säuberung der Mitgliederlisten infolge Einführung der Karthotel gezeigt, daß wir Mitglieder in den Listen führten, die längst ausgetreten waren. Daraus erklärt sich in der Hauptsache das Minus an Mitgliederzahlen, das wir ein Jahr nach der Augsburger Generalversammlung konstatieren mußten. Uebrigens haben wir nach der Nachener Generalversammlung trotz der höheren Beiträge einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt, wie nie zuvor. Uebrigens,

wo wären wir mit unserem Verbandsorgan, wenn die Zeitung stets den Ratschlägen jener ängstlichen Mahner gefolgt wäre? Darf sie denn die Geschichte eines Verbandes abhängig machen von dem Willen derjenigen Mitglieder, die niemals die Versammlungen besuchen, kein Verbandsorgan lesen, für die Bewegung keine Hand rühren, die andererseits auf den Pöbel und Pseuwig ihren Nutzen aus dem Verbandsorgan anrechnen, aber gleich mit Austritt drohen, wenn fünf Pseuwig in der Woche mehr gepostet werden soll?

Nein, niemals! Unsere weitsichtigen, opferbereiten Mitglieder sind die

Baumeister am großen Hause unseres Verbandes.

Ob der 15 prozentige Anteil der Ortsgruppen direkt ganz der Zentralkasse zugeführt oder ob nicht bloß eine wesentliche Kürzung desselben stattfinden soll, ist eine Frage, über die mit sich reden läßt. Ganz undisputabel erscheint uns dagegen der Vorschlag einiger Kollegen, allen Mitgliedern sämtliche Beitragsklassen freizugeben, oder der andere, das Unterstützungsweesen auf freiwilliger Grundlage aufzubauen und eine besondere Beitragsklasse zu schaffen, die nur Streikunterstützung vorsieht. Wir stimmen dem Kollegen aus Süddeutschland zu, der in diesen Vorschlägen einen sehr „bedenklichen Fortschritt“ erblickt. In Wirklichkeit wäre eine solche Neuerung ein ganz bedeutender Rückschritt, der unseren Verband schließlich zur vollen Ohnmacht verurteilen müßte. Denn sie käme doch einer bedeutenden Beitragsreduzierung gleich. Einen dauernden agitatorischen Erfolg könnten wir uns davon auch nicht versprechen. Denn schließlich kann nur diejenige Organisation das Vertrauen der Arbeiter genießen, die rührig und zielbewußt arbeitet, allen vernünftigen gewerkschaftlichen Anforderungen Genüge leisten kann und in jeder Beziehung dem

organisierten Unternehmertum gegenüber schlagfertig dasteht. Diese Anforderungen könnte unser Verband jedoch nicht erfüllen, wenn schließlich die Mehrzahl oder doch ein großer Teil seiner Mitglieder nur einen geringen Wochenbeitrag leistete. Uebrigens ist es bei den Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften so üblich, daß die Zugehörigkeit zu einem Teil der Unterstützungsrichtungen auf freiwilliger Entscheidung beruht. Trotzdem fristen sie ein geradezu kümmerliches Dasein innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Von den vorgeschlagenen Experimenten wird die Generalversammlung unter allen Umständen absehen müssen.

Wenn auch die Stärkung unserer Zentralkasse der Hauptpunkt der diesjährigen Generalversammlung bilden wird, so darf trotzdem

die Agitation dabei nicht in den Hintergrund treten.

In Aachen war die Agitation der Angelpunkt der ganzen Verhandlungen. Auch in Elberfeld muß sie besprochen werden, um Mittel und Wege zu erfinden, wie die kommende Herbst- und Winterzeit gründlich für die Organisation ausgenutzt werden kann. Wir müssen in der kommenden Agitationszeit alle Kräfte wieder einmal gründlich anspannen, um unseren Verband in der Mitgliederentwicklung wieder ein großes Stück vorwärts zu bringen. Was guter Wille und vereinte, gut organisierte Arbeit zu leisten vermögen, haben uns die Erfolge nach der Nachener Generalversammlung gezeigt.

In dem Strome einer großzügigen, freudigen Agitationsarbeit muß aller etwa vorhandener Mißmut über die Beitragserhöhung untergehen. Er muß die wankenden und schwankenden, die ängstlichen und zagenden Mitglieder mitreißen. Von Elberfeld aus muß eine neue Welle der Begeisterung, der Opferwilligkeit und nie verlassenden Arbeitslust in die Reihen unserer Mitglieder hineinrollen.

Der Zentralvorstand legt der Generalversammlung einen Antrag vor, der die einzelnen Verbandsbezirke und Ortsgruppen verpflichtet, „im bevorstehenden Herbst und Winter eine systematische Agitation gut vorzubereiten und durchzuführen. Dabei sind die einschlägigen Verhältnisse und die Erfahrungen der früheren Agitationsarbeit besonders zu berücksichtigen.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die Generalversammlung diesen Antrag einstimmig annehmen wird. Die Ortsgruppen können sich heute schon darauf einrichten. Auf den gleich im Anschluß an die Generalversammlung stattfindenden Bezirkskonferenzen soll der für jeden Bezirk eigens angepaßte Agitationsplan noch eingehend besprochen werden. Ferner beantragt der Zentralvorstand, daß in „jeder Ortsgruppe durch den Vorstand, die Agitationskommission und die Vertrauensleute bis zum 1. November 1912 ein besonderer Agitationsplan aufgestellt und dem Bezirksvorsitzenden eingesandt werden muß. Ebenso sind die Bezirksleiter verpflichtet, bis spätestens 15. November cr. der Zentrale ihren Bezirks-Agitationsplan einzureichen.“

Wird dieser Antrag des Zentralvorstandes angenommen und überall gründlich durchgeführt, dann werden wir die nächsten Monate mit einem wesentlichen Mitgliederzuwachs abschließen können.

Soweit sich die Zuschriften im Verbandsorgan und die Anträge der Ortsgruppen auf

das Unterstützungsweesen

unseres Verbandes beziehen, sind Vorschläge auf besonders tief einschneidende Neuerungen nicht darin enthalten. Von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, wird sowohl in den Zuschriften wie auch in den Anträgen die Abschaffung der Berechnung der einzelnen Arbeitslosentage bei der Arbeitslosenversicherung gefordert. Eine neue Unterstützungsart wird in einem Antrage mit der Militärunterstützung gefordert. Wir lassen es dahingestellt, ob es zweck-

mäßig und vorteilhaft ist, die Einführung dieser Unterstützung in Elberfeld zu beschließen. Es wird notwendig sein, Unterlagen zur Berechnung des finanziellen Effekts dieser Unterstützung zu sammeln. Dem Gedanken auf Einführung einer Militärunterstützung stehen wir an sich sympathisch gegenüber. Sie würde u. G. sehr geeignet sein, unserem Verbande junge Mitglieder und Mitarbeiter zu gewinnen und zu erhalten. Mehrere christliche Bruderverbände haben eine solche Unterstützung bereits seit einigen Jahren eingeführt und durchaus gute Erfahrungen damit gesammelt. Andere Verbände haben sie auf ihren letzten Generalversammlungen beschlossen.

Die Ortsgruppe Emsdetten kommt wieder mit ihrem schon zu früheren Generalversammlungen gestellten Antrag auf Einführung einer Aussteuerbeihilfe bei der Verheiratung unserer weiblichen Mitglieder. Der Antrag ist aus den besonderen Verhältnissen des Münsterlandes heraus zu erklären. Die Wöchnerinnenunterstützung ist dort im allgemeinen weniger von Belang, weil die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und ferner uneheliche Geburten weniger vorkommen. Nun versprechen sich unsere münsterländischen Mitglieder von einer Aussteuerbeihilfe eine größere Anziehungskraft für die Arbeiterinnen. In Augsburg ist ein ähnlicher Antrag abgelehnt worden; ob die Emsdettener diesmal mehr Glück haben werden, ist eine Frage, die wir nicht zu entscheiden wagen. Sicherlich stehen der Einführung einer solchen Unterstützung außerordentlich große Schwierigkeiten im Wege. Auch läßt sich die finanzielle Tragweite des Antrages noch gar nicht übersehen. Und schließlich kann die Generalversammlung doch nicht durch allerlei neue Unterstützungseinrichtungen den finanziellen Effekt der Beitragsreform wieder wesentlich beeinträchtigen.

Die übrigen beantragten Neuerungen im Unterstützungsweisen zu erwähnen, würde zu weit führen. Eingewiesen sei nur noch auf die Anträge, die bei der Kranken-, Wöchnerinnen-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung die Verjährungsdauer der bezogenen Unterstützung von 52 auf 104 Beitragswochen hinaufsetzen wollen. Wir halten diese Anträge für durchaus gerechtfertigt und notwendig.

So ergibt sich aus diesem kurzen Ueberblick, daß unsere Elberfelder Generalversammlung

große und wichtige Aufgaben

zu erfüllen hat, von deren glücklicher Lösung das fernere Schicksal unseres christlichen Textilarbeiterverbandes wesentlich abhängt. Es gilt in Elberfeld zu arbeiten an der inneren und äußeren Stärkung unserer Bewegung. Dieser wichtigen Aufgabe werden sich die delegierten Mitglieder nur dann gewachsen zeigen, wenn sie alle Mengistlichkeit ablegen, nicht von kleinlichen Gesichtspunkten ausgehen, die nur gerade im Interesse der eigenen Ortsgruppe und des engeren Bezirks richtig sein mögen. Die Kolleginnen und Kollegen kommen nicht nach Elberfeld als Vertreter einer kleineren oder größeren Mitgliedergruppe, sondern als die Wahren und Mehreren der Interessen des ganzen Verbandes. Wollten die Delegierten auf der Generalversammlung eine reine Ortsgruppen- oder Bezirkspolitik üben, dann wäre eine gedeihliche Arbeit absolut ausgeschlossen. Die Verhältnisse in den einzelnen Ortsgruppen und Bezirken unseres Verbandes sind außerordentlich verschieden, hier einen nach Möglichkeit gerechten Ausgleich zu schaffen, muß das Bestreben der Delegierten sein. Sie müssen die Gesamtlage übersehen und dann den Blick in die Zukunft richten, um zu prüfen, wie der Verband so ausgerüstet werden kann, daß er allen Anforderungen, die heute an eine moderne Gewerkschaft gestellt werden, durchaus gewachsen ist.

Die Delegierten können auch nicht mit einer von ihren Wählergruppen genau vorgezeichneten Marschroute, mit einem sogenannten gebundenen Mandat zur Generalversammlung erscheinen. Das wäre dem Verbandsinteresse zuwider. Die Arbeit könnte in unmöglich vom Fleck kommen. Für jeden Delegierten muß es heißen: in Elberfeld hören, prüfen und dann urteilen.

Wenn sich alle Delegierten von diesem großen Gemeinschaftsge danken leiten lassen, dann wird die vierte Generalversammlung unseres Verbandes sich würdig ihren Vorgängerinnen anschließen und ein Merkstein in der Geschichte unseres Verbandes werden. In diesem Sinne:

auf nach Elberfeld!

Die Fleischsteuerung.

Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die für weite Kreise des unbemittelten Volkes kaum noch zu ertragen ist. Zu Lande von Arbeiterfamilien mit größerer Kinderzahl ist Fleisch heute ein Nahrungsmittel, der man noch Sonntag, und dann auch in sehr geringen Quantitäten, auf den Tisch kommt. Auch manche andere Nahrungsmittel stehen ungewöhnlich hoch im Preise, wenn auch viele gegenüber dem Vorjahre im Preise gesunken sind.

Was sind die Ursachen dieser Teuerung? Die Ursachen der jetzigen Fleischteuerung liegen wohl in erster Linie in dem durch die sommerliche Dürre des Vorjahres verursachten Futtermangel, ferner in der Maul- und Klauenseuche des Vorjahres, wodurch die Bauern zum Abstoßen ihres Viehes veranlaßt wurden. Die Teuerung im allgemeinen hat eine ganze Menge von Ursachen.

Die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion, die wachsende Eigenversorgung der Bauernländer, das ungeheure Wachstum des Konsums, dem die Produktion nicht im gleichen Tempo folgen konnte, die Verteuerung der Bedürfnisse des Volkes, verursacht durch den wachsenden Wohlstand, die Verteuerung der Geschäftskosten und der Spesen für den Metzger (Kommandatgaben, Steigerung der Steuern, der Mieten, der Löhne, bessere Ausstattung des Ladens, Anschaffung von Wagen und Pferd, Vermehrung des Personals, Reklame usw.); es kommt hinzu die finanzielle Unsolidität mancher Metzgergeschäfte, ihre Abhängigkeiten von den Viehhändlern. Weitere Ursachen liegen im Zwischenhandel. Immer mehr Personen, die an dem Vieh verdienen wollen, schieben sich zwischen Bauern und Konsumenten. Infolge der wachsenden Nachfrage nach Jung- und Magervieh muß es aus immer weiteren Entfernungen hergeholt werden; die Spesen und Transportkosten wachsen, es wächst das durch den Transport entstehende Risiko. Künstliche Manipulationen halten die Preise hoch, es bilden sich Ringe, Handelsgenossenschaften und Handelsmonopole.

Die Behauptung der Sozialdemokraten, daß unsere Zoll- und Handelspolitik die Hauptursache der Teuerung sei, ist Schwindel; sie wird wohl bis zu einem gewissen Grade verschärfend wirken.

Alle diese und noch mehrere andere Gründe haben zusammengewirkt, um die Preise für Lebensmittel ständig in die Höhe zu führen.

Welche Forderungen sind jetzt speziell gegen die Fleischteuerung zu erheben?

Die Reichsregierung muß eingreifen. Unsere Zoll- und veterinärpolizeilichen Bestimmungen müssen gemildert werden. Wir fordern:

1. Beschaffung von Futtermitteln, d. h. Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtermehle.
2. Wesentliche Ermäßigung der Zölle auf Meiereiprodukte, Käse, Eier, Butter usw.
3. Ermäßigung und teilweise gänzliche Aufhebung der Zölle auf Wild.
4. Erleichterung der Fleischzufuhr, namentlich von südamerikanischem Geflügelfleisch, Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Büschenfleisch und Hartwurst.
5. Erleichterung der Viehzufuhr nach Deutschland, namentlich der Zufuhr von geschlachtetem Vieh aus Holland.

Wir versprechen uns von all diesen Mitteln keinen großen und dauernden Erfolg, jedoch würden sie immerhin preisermäßigend wirken und ein großes Vergnügen aus der Welt schaffen.

Für die Kommunen ergibt sich jetzt eine große Pflicht sozialer Betätigung. Vor allem sollte durch die Gemeinden ein billiger Fischverkauf in die Wege geleitet werden. Nebenher müßte eine systematische Aufklärung des Volks über den Nährwert des Fleisches und ein praktischer Unterricht in der Zubereitung desselben gehen. Vielleicht können hier und da die Gemeinden den Viehkauf und den Fleischverkauf selber in die Hand nehmen, oder es kann in Verbindung mit den Metzgern unter Ausschaltung des Zwischenhandels der Viehkauf und eine gemeinsame Festsetzung der Fleischpreise stattfinden. In Ulm hat die Verwaltung sogar eine eigene Viehmasterei eingerichtet, aus der das schlachtfertige Vieh zu einem niedrigen Marktpreise an die Metzger verkauft wird, die dann ihrerseits das Fleisch mit einem von der Stadtverwaltung bestimmten prozentualen Aufschlag verkaufen.

Das wirksamste und am schnellsten wirkende Mittel scheint uns indes die Selbsthilfe zu sein. Auf dem Lande, in zahlreichen Klein- und Mittelstädten können die Arbeiter die Fleischschlächtereien und den Fleischverkauf selbst in die Hand nehmen. In Münster und Bielefeld in Westfalen u. a. ist das mit großem Erfolg im vorigen Jahre schon geschehen. Arbeitervereine, Gewerkschaften und Konsumvereine könnten sich hier zusammenschließen, um ihren Mitgliedern einen relativ billigen Fleischkonsum zu ermöglichen.

Schnelle Hilfe tut dringend not.

Qualitätschutz für deutsche Textilwaren.

Einen bemerkenswerten Versuch, die Käufer von Textilwaren vor Ueberbeteuerungen zu schützen und das deutsche Warenangebot nach der qualitativen Seite hin zu heben, hat jüngst das „Königliche Materialprüfungsamt“ in Großlichterfelde unternommen. Es hat sich mit einem Rundschreiben an die Handelskammern und einige Arbeitgebervereinigungen der Textilindustrie gewandt, worin die Frage aufgeworfen wurde, ob es zweckmäßig und durchführbar sei, einheitliche Warennormen für Erzeugnisse der Textilindustrie, namentlich für die Weberei, aufzustellen, die dem Käufer eine Garantie für eine bestimmte Qualität der Waren bieten könnten. Aufschneidend ist diesem Versuche vorläufig noch kein Erfolg beschieden. Die meisten befragten Organe haben ihre Antwort dahin abgegeben, daß weder ein Bedürfnis noch betragsmäßige Festlegung von

Normalien, durch welche ganz allgemein der Handel mit Luchern und Garnen geregelt werden soll, vorhanden, noch die Aufstellung solcher Mindestforderungen der Qualität praktisch durchführbar ist. Begründet wird dieser ablehnende Standpunkt zunächst mit den ungeheuren Qualitätsunterschieden in den Textilwaren und mit den stetig wechselnden Ansprüchen der Abnehmer in der Verwendung von Rohmaterialien und der Anwendung von Fabrikationsmethoden. Die Textilindustrie verlaufe im allgemeinen an durchaus branchenfremde Händler; deren besondere Wünsche seien die einzige und mit Rücksicht auf den Modewechsel wohl auch die allein zweckmäßige Richtschnur für die Industrie. Für eine den Wünschen der Kundschaft entsprechende Lieferung biete schon die Konkurrenz hinreichend Gewähr. Eine Festlegung von Mindestforderungen auf längere Zeit würde den freien Handel einengen und weder die Industrie, noch den Handel befriedigen können. Nur aus einigen Zweigen unseres Gewerbes hat das Materialprüfungsamt eine zustimmende Antwort erhalten.

Nun wendet es sich in der Fachpresse gegen diese Einwände, gibt zugleich eine Erklärung des ganzen Planes und ferner die Gründe an, die ausschlaggebend für denselben waren. Die Anregungen seien in ihrem Wesen von den Handelskammern ganz mißverstanden worden. Das Amt habe aus seinem innigen Verkehr mit einem gewissen Verbraucherkreise und aus den Erörterungen der Presse zu erkennen geglaubt, daß in nicht ferner Zeit eine starke Gegenströmung einsetzen wird, gegen das Streben im wirtschaftlichen Wettbewerb, durch Preisunterbietungen Sieger zu bleiben, anstatt bei guten Preisen durch Ueberbietung in der Warengüte, im Gebrauchswert und in der äußeren Erscheinung die Gunst des Käufers zu suchen und zu befestigen. Heute würde das Hauptgewicht in der Textilwarenherstellung auf den äußeren Schein und den augenblicklichen Erfolg gelegt. Das aber würde sich bald als Raubbau erweisen und die Großverbraucher dahin treiben, mit vereinten Kräften zu erzwingen, daß auch sie an dem durch den technischen Fortschritt erzielten Gewinn ihren Anteil hätten. Nach Meinung des Materialprüfungsamtes erkennen die weitestgehenden Preise der Industrie heute diese Gefahr bereits und sind bestrebt, ihr beizugehen. In diesem Sinne wollte das Amt mit seinen Anregungen fördernd eingreifen. Es fühlt sich hierzu um so mehr berechtigt und verpflichtet, als es überall sieht, wie

1. unvollkommene und einseitige Prüfungen die Ware vielfach in falschem Licht erscheinen lassen,
2. mangelnde Einheitlichkeit in dem Prüfungsverfahren und bei den Prüfstellen dazu führen, daß die Waren verschieden und oft falsch beurteilt werden.

Folgt man den Anregungen des Amtes, durch Zusammenwirken von Erzeuger- und Verbraucherkreisen, unter Mitwirkung der Materialprüfer, die Warenbeurteilung auf eine gesunde Grundlage zu stellen, die Warenempfänger offen von den Vorzügen der Ware zu unterrichten und sie zu überzeugen, daß der ernste Wille vorliegt, wirklich gute Ware zu liefern, so werden bei uns Bestrebungen, den Schaden wie im Nahrungsmittelwesen durch Gesetzgebung zu regeln, kaum solche Blüten treiben, wie sie uns die Nachrichen aus den Vereinigten Staaten bringen.

3. Auch die Uneinigkeit der Begriffe, Benennungen usw. ist nach Ueberzeugung des Amtes zu beseitigen. Diese hat Mißverständnisse, Meinungsverschiedenheiten sowie Störungen und Schädigungen im Wirtschaftsleben zur Folge. Eine Ware, die beispielsweise als „Wollware“ in den Handel kommt, soll auch wirkliche Wollware sein, ein „Kamelhaartreibriemen“ soll aus Kamelhaaren gefertigt sein, „Seidenstoffe“ sollen keinen Zusatz von Kunstseide, Baumwolle oder Wolle enthalten, „unbeschwerter Seide“ soll wirklich unbeschwerter Seide sein usw. So einfach und selbstverständlich diese Erfordernisse erscheinen, so trifft man in der Geschäftswelt immer wieder entgegenge setzte Auffassungen, die beispielsweise Wolle nach Kamelhaarart bearbeitet als „handelsübliches Kamelhaar“ usw. gelten lassen wollen. Daß hierdurch Abnehmer einerseits, ein Teil der Erzeuger und Händler andererseits Schaden leiden können bzw. ins Hintertreffen geraten oder geraten können, ist zweifellos und bedarf keines besonderen Beweises.

4. Als letztes Glied in der Reihe dieser Bestrebungen sind Marken- oder Normalwaren gedacht, die dem Käufer gewährleisten sollen, was er sucht. Die als Marken- oder Normalware in den Handel zu bringende Ware ist hierbei nur als ein sehr geringer Teil der gesamten Industrieerzeugnisse gedacht und soll 1. dem Erzeuger besonderer Waren leichten Abzug, 2. dem Abnehmer eine gewisse Gewähr für die gewährleisteten Eigenschaften, die er braucht, bieten. Es würde zu weit führen, hier auch nur andeutungsweise alle die Punkte aufzuführen, die in Frage kämen. Genannt seien beispielsweise wollene Gewebe mit der Marke „Wolle“, die aus reiner gesunder Schurwolle ohne Beimengung von Kunstwolle, Baumwolle und anderen Fasern hergestellt sind, Waren mit der Marke „Leinen“, die keinen Zusatz von Baumwolle enthalten, mit der Marke „Seide“, die keine Kunstseide und sonstige Fasern enthalten, „unbeschwerter Seide“, die aus unbeschwerter Naturseide besteht; „unbeschwerter“ würden baumwollene und andere Erzeugnisse sein, die nicht mehr als ein festgelegtes Quantum Appretur und Beschwerung enthalten dürfen usw. Weiter könnte die Ausrüstung und Färbung gewissermaßen als „tragecht“, „lichtecht“, „waschecht“, „schweißecht“ usw. normiert werden, wobei bestimmte Echtheitseigenschaften und Prüfverfahren maßgebend wären u. a. m. Waren, die solche oder ähnliche Eigenschaften nicht aufweisen, bzw. bei denen sie nicht gewährleistet

werden sollen, würden neben jenen nach wie vor weiter erzeugt und gehandelt werden."

Das Amt bemerkt noch, daß Markenwaren in anderer Form bereits bestehen und — wie die Erfahrung lehrt — auch gute Einföhrung im In- und Auslande erfahren haben, so beispielsweise „Liberty-Seide“, „Vegetal-Schirmseide“ usw. Das Amt ist der Ansicht, daß solche oder ähnliche Markenwaren, die unter dem Schutz und der Kontrolle einer staatlichen Anstalt stehen, leichter und fester Fuß fassen würden, als wenn sie ohne jede Nachprüfung in den Handel gebracht werden, und daß sich die heimische Industrie hierdurch manches Absatzgebiet erobern könnte, das ihr heute noch verschlossen ist; ferner, daß das Vertrauen und die Kauflust des Publikums wachsen und die vielfachen Klagen über unsolide Ware verstummen würden.

Dem Grundgedanken dieser Anregung können wir nur zustimmend gegenüberstehen, namentlich auch vom Standpunkte des Arbeiters aus. Jedoch erscheint auch uns die praktische Durchführung außerordentlich schwer und schließlich auch nicht von der weittragenden Bedeutung zu sein, als das Materialprüfungsamt anzunehmen scheint. Für einige Zweige des Textilgewerbes jedoch erscheint auch uns der Plan des Amtes nicht bloß sehr zweckmäßig, sondern auch durchführbar zu sein. Wir nennen nur das Seidengewerbe, wo die Echtheit der Qualität eine ganz andere Rolle spielt als in der Baumwoll- und auch noch in der Wollindustrie. Eine Qualitätsmarke würde nicht bloß ihre Wirkung im Sinne der Anregungen des Materialprüfungsamtes ausüben, sondern auch auf das verbrauchende Publikum erzieherisch wirken. Das aber ist von der allergrößten Bedeutung für unser Textilgewerbe.

Vorwärts mit der Konsumvereinsbewegung!

Der „Verband westdeutscher Konsumvereine“ stellt eine ziemlich festgefugte Föderation der in Westdeutschland vorhandenen Konsumvereine der christlich-nationalen Arbeiter dar. Zwar sind nicht alle Konsumvereine dieser Art Westdeutschlands dem Verbands angegeschlossen. Infolge einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit und Verkennung der Tragweite der Sache gibt es noch Konsumvereine christlicher Arbeiter, die überhaupt noch keinen Anschluß an einen größeren Verband gefunden haben, und andere — allerdings nur ganz vereinzelte mehr — die noch der stark unter sozialdemokratischem Einflusse stehenden Hamburger Zentrale angehören. Aber der Verband westdeutscher Konsumvereine hat doch in den letzten Jahren eine überaus glänzende Entwicklung genommen. Vor einigen Wochen hielt er in Essen seinen fünften Genossenschaftstag ab. Aus dem dort erstatteten Jahresbericht entnehmen wir, daß die Zahl der im Verbands organisierten Einzelmitglieder stieg von 52715 am 1. Januar 1911 auf 76002 am 31. Dezember 1911. Das bedeutet eine Mitgliederzunahme von 23287 oder von 44%. Die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Vereine stieg von 78 am 1. Januar 1911 auf 101 am 1. Januar 1912. Bis zum 1. Mai 1912 waren dem Verbands 113 Vereine angeschlossen. Es ist also ein stetes Vorwärtsschreiten des Verbandes zu konstatieren. Kein anderer Verband deutscher Konsumvereine hat eine solche verhältnismäßig starke Steigerung aufzuweisen. Dieser Steigerung der Mitgliederzahl von 44% stand eine Steigerung des Gesamtumsatzes von 66% gegenüber. Der Gesamtumsatz betrug 1910 16875415 M., 1911 dagegen 27103877 M. Von diesem Gesamtumsatz entfiel auf das eigene Geschäft ein solcher von 23329966 M. gegenüber einem solchen im Vorjahre von 13964003 M. Somit stieg der Umsatz im eigenen Geschäft um 9383963 M., gleich 67%. Insgesamt erzielten die 91 berichtenden Vereine im Jahre 1911 einen Uberschuß von 2099194 M. gegenüber einem solchen im Vorjahre von 1305245 M. Mithin ein Mehr von 793859 M. oder 60,8%.

Unter Zugrundelegung des Mitgliederbestandes von 76002 entfiel auf das Einzelmitglied eine durchschnittliche Rückvergütung von 27,62 M. (1910 24,76 M.). Bei Beurteilung dieser Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die im Laufe des Jahres beigetretenen wenig oder gar keinen Anteil an der obigen Rückvergütung hatten und somit der wirkliche Betrag der Rückvergütung für den einzelnen entschieden höher war.

Es ist in weiten Volksteilen vielfach der Meinung zu begegnen, daß die Konsumvereine überhaupt keine Steuern zahlen. Welche bedeutenden Steuersummen jedoch allein von den Konsumvereinen des westdeutschen Verbandes aufgebracht werden, geht daraus hervor, daß sich die von ihnen geleistete Steuersumme gegen das Jahr 1910 um 51557 M., gleich 89,3% erhöhte. Insgesamt wurden 109247 Mark gezahlt (1910 57689 M.). Während der eigene Umsatz um nur 67% gestiegen ist, erhöhte sich die Steuerlast um 89,3%. Demgegenüber wäre eine Aufstellung über die Steuerleistungen einer Anzahl Kleinhändler interessant, die den gleichen Gesamtumsatz repräsentieren. Der Verbandstag sprach sich denn auch in einer Resolution dahin aus, „daß er ganz entschieden die Besteuerung der festgelegten Rabatte der Konsumvereine als eine Ausnahmebesteuerung und einseitige Belastung der großen Masse des Volkes ablehnt“.

Das auf dem Verbandstage anwesende Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Kollege Bayer, erklärte, daß er im Abgeordnetenhause einem Gesetzentwurf, der eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine vorsehe, seine Zustimmung nicht geben werde. Kollege Abg. Brust präziserte seine Stellung zur Besteuerung der Konsumvereine dahin, daß er, da die Besteuerung anstehend nicht mehr zu verhindern sei, dahin arbeiten werde, daß sämtliche Genossenschaften und auch die Rabattsparevereine der Steuerpflicht unterstellt würden, wie es im württembergischen Steuergesetz von 1908 geschehen sei. Ferner werde er zu erreichen suchen, daß man mindestens 4 oder 5% der Rabatte steuerfrei lasse, damit den ideellen Zwecken der Barzahlung und des Sparzwanges nicht Abbruch getan werde. Aufschärfte verurteilte der Redner den Beschluß der Kolbenzer Tagung des katholischen Kaufmannsvereins, der dahinging, die Konsumvereine selbst wenn sie keine Dividenden verteilen, nach

dem Umsatz zu besteuern. Kollege Giesberts betonte bezüglich der Stellung der Arbeiterabgeordneten zur Frage der Besteuerung der Konsumvereine, daß sie die Besteuerung auf das schärfste bekämpften, aber es werde sich wohl darum handeln, wie man aus der ganzen Sache ein kleineres Uebel machen könne. Und bei Behandlung dieser Frage würden sie stets mit den Führern der Konsumvereinsbewegung in Verbindung bleiben, um das in Aussicht stehende steuerliche Ausnahmegesetz soviel wie eben möglich zu mildern. Es sei ihm gänzlich unverständlich, wie man angesichts der andauernden Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren den Mut haben könne, der armen Bevölkerung die Möglichkeit zu erschweren, ihre Lebensmittel möglichst billig einzukaufen. Die vorjährige Teuerung sei nicht allein auf Mismachs zurückzuführen gewesen, sondern es hätten unlautere kapitalistische Machenschaften dahinter gesteckt. Wenn die Konsumvereinsbewegung zielstrebiger und geleiteter werde, wenn die Leitung vor allem der Markt- und Handelsstatistik die nötige Aufmerksamkeit schenke, so werde sie schneller hinter die Tricks der Großkapitalisten kommen, als der Privathandel. Es wäre eine sehr dankbare Aufgabe für die Konsumvereine, in ihrem Organ nachzuweisen, welche Vorteile der gemeinsame Lebensmitteleinkauf in der Teuerungszeit den Mitgliedern gebracht habe, in welchem Umfange es ihnen möglich gewesen sei, die Mitglieder gegen die Ausbeutung durch den unlauteren Handel zu schützen. Angesichts der Teuerung lautet für uns die Hauptfrage: Wie versorgen wir Deutschland dauernd mit billigen und guten Lebensmitteln? Zu dieser Frage sollte man nicht bloß reden, sondern die Regierung sollte eine Forderung einsehen, welche die Ursachen der Teuerung erforscht und sich darüber klar wird, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dauernd Abhilfe zu schaffen. Mit Brotgetreide und manchen anderen Produkten vermag Deutschland seinen Markt so ziemlich zu versorgen. Der Fleischmarkt ist aber tatsächlich zu knapp besetzt. Die Fleischsteuerung im vorigen Jahre hatte lediglich der Handel auf dem Gewissen, an der jetzigen Fleischsteuerung trägt die Produktion die Schuld. Wenn die natürlichen Produktionsverhältnisse in Deutschland derart sind, daß das Fleisch so teuer wird, daß eine Arbeiterfamilie sich das nötige Quantum nicht mehr leisten kann, so ist es dringend notwendig, daß für eine stärkere Fleischzufuhr gesorgt wird, und wenn das Fleisch aus dem Auslande kommen müßte.

In einem instruktiven Referate behandelte Kollege Bissels vom Konsumverein „Wohlfahrt“ in Essen die „Stellung der wirtschaftlichen und politischen Faktoren zur Konsumvereinsbewegung“. „Gleiches Recht für alle fordern die unbemittelten Volksschichten in bezug auf die genossenschaftliche Selbsthilfe, nichts weiter. Daß dieses gleiche Recht auf genossenschaftlichem Gebiete nicht existiert, dafür ein Beispiel. In Preußen haben wir 14000 Genossenschaften der Handwerker, Landwirte und Kaufleute, die im Jahre 1910 einen Umsatz von über 400 Millionen M. erzielten. An Steuern zahlten diese Genossenschaften weder an den Staat, noch an die Kommunen einen roten Pfennig. Dagegen haben wir 1500 Konsumvereine der unbemittelten Volksschichten, die nur 140 Millionen M. Umsatz erzielten im Jahre 1910, aber rund 800000 M. an Steuern zahlen müssen. Angesichts dieser Tatsache sollte man glauben, daß die über den am meisten interessierten gegnerischen Kreisen stehenden wirtschaftlichen und politischen Körperschaften, Parlamentarier usw. die Bewegung wenigstens objektiv beurteilten. Aber das ist leider nicht der Fall. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß man gar nicht beachtet, daß dem Detailhandel durch die Entwicklung der großkapitalistischen Filialbetriebe und die Ausbreitung der Konsumankalten großindustrieller Werke viel, viel schwerere Wunden geschlagen werden, als durch die Selbsthilfebestrebungen der unteren Volksschichten.“

Bezüglich der Stellung der Regierung zu den genossenschaftlichen Selbsthilfebestrebungen der unteren Volksschichten wies der Referent auf einen sehr wohlwollenden Erlaß des Ministers an die Baugenossenschaften hin, in welchem letztere darauf aufmerksam gemacht werden, wie sie durch die Aufnahme bestimmter Bestimmungen in die Statuten der Wertzuwachssteuer aus dem Wege gehen können. Einer solchen wohlwollenden Behandlung seitens der Regierung erfreuen sich die Baugenossenschaften, weil die Regierung angesichts des herrschenden Wohnungsmangels zu der Einsicht gekommen ist, daß die Unterstützung dieser Genossenschaften in unserer Zeit dringend notwendig ist. Mindestens ebenso notwendig, wie die Sorge für vernünftige, menschenwürdige Wohnungen, ist aber die Sorge für eine menschenwürdige Lebenshaltung der unteren Volksschichten, und weil durch die Konsumgenossenschaftsbewegung zweifellos eine Hebung dieser Lebenshaltung erreicht wird, sollte eine Regierung, der das soziale und wirtschaftliche Wohl der unteren Volksschichten am Herzen liegt, auch diese Bewegung nach Kräften unterstützen.

Zum Schluß verwies Redner auf die Bundesgenossenschaft zwischen den sozialistischen Gewerkschaften und den Konsumvereinen Hamburger Richtung, wie sie namentlich in dem gemeinsamen Plane der Errichtung einer Volksversicherung, der sogenannten „Volkssicherung“ zutage tritt. Diese Bundesgenossenschaft zeigt klar und deutlich, welchen Zwecken die Konsumvereine Hamburger Richtung letzten Endes dienen. Angesichts dessen sollten die in der sozialen Bewegung tätigen, nationalen denkenden und fühlenden Personen und Körperschaften die Bedeutung einer Konsumgenossenschaftsbewegung erkennen, die imstande und willens ist, den Machtgeflüsten der politischen Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete ein Paroli zu bieten, und gemäß dieser Erkenntnis zu unserer Bewegung Stellung nehmen.

In einem großzügigen Vortrage behandelte Verbandsdirektor Schlad den Unterschied zwischen dem großkapitalistischen und dem genossenschaftlichen Warenhandel und der Produktion. Die Entwicklung der Kartelle und Syndikate in der Großindustrie hat ihre Einwirkung auch nicht auf die Hersteller und Vermittler der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse verfehlt. Auch hier sind Preiskonventionen entstanden, die fast als alleinigen Zweck ihres Bestehens möglichst hohe Preise des von ihnen hergestellten oder verkauften Fabrikats bezwecken. Sobald es gelingt, im privaten Handel die Konkurrenz auszuschalten, ist der Verbraucher der Leidtragende. Ich erinnere hier besonders an den Verband der Markenartikel-Fabrikanten, der es vermocht hat, sich die ganze private Händlerchaft dienstbar zu machen. Jeder, auch der kleinste Händler bis hinauf zum Großhändler und der Einkaufsvereinigung der Privatgewerbetreibenden, muß einen Revers unterschreiben, die vorgeschriebenen Verkaufspreise innezuhalten, widrigenfalls er

sich verpflichtet, eine Strafe zu zahlen und der Fabrikant das Recht hat, die Lieferung einzustellen. Zu erwähnen sind ferner auch die Rabattsparevereine, jene Antikonsumvereinigungen, die ebenfalls hier und da schon zu Preisfestsetzungen schreiten. Die Rabattsparevereine haben Gott sei Dank durch die Konsumvereinsbewegung nicht die Macht, allgemeine Preisfestsetzungen durchzuführen, aber der Wille ist dazu vorhanden. Die kapitalistische Produktion und Warenverteilung ist auf Gewinn angewiesen und ihr Ziel ist, denselben möglichst groß zu gestalten.

Demgegenüber stellt die Konsumgenossenschaftsbewegung das Gegenseitigkeitsprinzip dar; durch sie soll der Profit als treibendes und schädigendes Element ausgeschaltet werden und an dessen Stelle das ideale Ziel der Hebung der breiten Massen des Volkes durch Stärkung der Kaufkraft treten. Das Wesen der Genossenschaftsbewegung ist profitausschaltend, und um diesem, ihrem Wesen zu genügen, muß sie den Weg, der zur Macht führt, beschreiten, um den Mächten der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise gleichwertig, ja überlegen gegenüber zu stehen. Die genossenschaftliche Warenverteilung hat ihren Siegeszug angetreten, und das Geschrei der Gegner, die ihren Profit aus der privaten Warenverteilung schwinden sehen, beweist am besten, daß dieselbe unaufhaltsam marschiert. Wir haben keine Freude daran, daß Skizzen untergehen, aber der Fortschritt kann nicht wegen unnützer und überlebter Einrichtungen aufgehalten werden.

In den zweitägigen Verhandlungen kam die Freude über die erlangenen Erfolge zum Ausdruck, aber auch der entschlossene Wille zum unermüdeten Weiterarbeiten. Wir wünschen dem Verbands westdeutscher Konsumvereine ein rüstiges Weiterschreiten in den Bahnen der bisherigen Entwicklung. Das ist dringend notwendig angesichts der Entwicklung in der sozialdemokratischen Konsumgenossenschaftsbewegung einerseits und der Preisentwicklung im Warenhandel andererseits.

Allgemeine Rundschau.

Was sind die christlichen Gewerkschaften? Ueber den „Streit um die christlichen Gewerkschaften“ haben sich anscheinend manche evangelische Kreise noch nicht beruhigt. In einigen Blättern, denen man im allgemeinen eine freundliche Gesinnung unserer Bewegung gerade nicht nachsagen kann, werden die tollsten Gedankengänge über unsere Bewegung und die Stellung der evangelischen Arbeiter innerhalb derselben aufgestellt. Kollege Behrens gibt diesen „sorgenvollen Zweiflern“ in einem Teil der bürgerlichen Tagespresse eine treffende Antwort, der wir folgendes entnehmen:

„Die christlichen Gewerkschaften sind vom Papst und den katholischen kirchlichen Instanzen ebenso wenig abhängig als von den evangelischen kirchlichen Stellen. Sie sind weder kirchliche noch speziell religiöse Vereinigungen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine Parteivereinigungen und stehen zu dem Zentrum in keinem anderen Verhältnis wie zu den anderen bürgerlichen Parteien. Sie richten sich in ihren Maßnahmen lediglich nach dem, was der von der christlichen Gewerkschaftsbewegung grundsatzgemäß vertretenen Sache nützlich erscheint. Die Grundzüge und das Programm der christlichen Gewerkschaften sind vom Mainzer Kongress der christlichen Gewerkschaften 1899 festgelegt und durch spätere Gewerkschaftskongresse vertieft und ausgebaut. Ueber Grundzüge, Maßnahmen und Taktik der christlichen Gewerkschaften bestimmen allein und ausschließlich die von den Mitgliedern gewählten und berufenen Instanzen, die wiederum nur aus Mitgliedern der Gewerkschaften bestehen dürfen. Die Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften können weder Pastoren noch Kaplane, sondern nur der Industrie oder dem Gewerbe angehörige Arbeiter und Arbeiterinnen erwerben.“

Die christlichen Gewerkschaften sind interkonfessionell. Evangelische und Katholische sind als Mitglieder völlig gleichberechtigt und befähigt, in die Lenker und Körperschaften (Vorstand usw.) der Gewerkschaften gewählt und berufen zu werden. In den meisten Gewerkschaftsvorständen sind beide Konfessionen vertreten. Ein Vorstand ist mir bekannt, in dem nur evangelische Mitglieder sitzen. Im Gesamtverbandsvorstand sind sowohl evangelische als katholische Mitglieder vertreten. Die christlichen Gewerkschaften zählen unter ihren Mitgliedern außer Anhängern des Zentrums viele Tausende von nationalliberalen, christlich-sozialen, konservativen, fortschrittlichen und deutschnationalen Parteigängern. In den Vorstandsämtern und unter den freigestellten Sekretären befinden sich Anhänger fast aller oben genannten politischen Parteien, die friedlich und sich gegenseitig schätzend zum Wohl der Interessen der deutschen Arbeiter wirken. Unter den Verbandsvorsitzenden sind fast alle politischen Schattierungen vertreten. Bis zu seinem Heimgange hat sogar ein Fortschrittsmann lange Jahre einen Verband präsiert. Nur für Sozialdemokraten ist in den christlichen Gewerkschaften kein Raum.

Wer bei dieser Konstellation zu behaupten mag, die Tausende von evangelischen und nichtzentrumsgesinnten Mitglieder seien abhängig vom römischen Alexus und ließen sich von der Zentrumsparthei politisch gängeln, der verkennt die Sachlage und irrt gröblich. Wenn er aber die Verhältnisse kennt und trotzdem noch mit so törichte Behauptungen und Kombinationen kommt, der beleidigt die Tausende evangelischer Volksgenossen gröblich, und das widerspricht der protestantischen Ehrenhaftigkeit.

Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Niederrhein. Der Bericht befaßt sich in diesem Jahre erstmals mit der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Niederrhein, also mit den christ-

haben Gewerkschaften und den konfessionellen Vereinen. Angesichts des Geschicks der Gegner von rechts und links ist es notwendig, die Einigkeit der konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaften auch nach außen hin in die Erscheinung treten zu lassen. Die Aufwärtsentwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat auch im verflochtenen Jahre angehalten, wenn auch durch die verschiedensten Ursachen die Agitation nicht so intensiv betrieben werden konnte, wie in früheren Jahren.

Die Zahl der christlichen Gewerkschaften stieg von 9918 am 1. April 1911 auf 11 073 am 1. April 1912. Neue Ortsgruppen wurden in diesem Zeitraum 19 gegründet, so daß die Zahl derselben von 120 auf 139 gestiegen ist. Angesichts der immer schwieriger sich gestaltenden Agitation und aller sonstigen Umstände ein beachtenswerter Erfolg. Den Hauptanteil an der Mitgliederzunahme hatten die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustriearbeiter, die Holzarbeiter, Eisenbahner (Eisenbahner), Keramarbeiter und Lederarbeiter. Einen schönen Erfolg hatte auch, trotz aller Schwierigkeiten, der Gutenbergbund. Dieser hatte im vergangenen Jahre am Niederrhein nur wenige Einzelmitglieder. Am 1. April dieses Jahres hatte er eine Ortsgruppe und eine Anzahl Einzelmitglieder, zusammen 46 (heute bedeutend stärker). Auch fehlt in unsern Gewerkschaften der junge Nachwuchs nicht, denn am 1. April 1912 betrug die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren 1163, also 10 Prozent der Gesamtzahl. Ortspartielle waren in der Berichtszeit am Niederrhein 10 vorhanden, außerdem wurde 1911 das Bezirkskartell für Kreisfeld und Umgegend neu gegründet. Also auch hier ein Fortschritt.

Die konfessionellen Vereine können für das Jahr 1911 ebenfalls einen Fortschritt buchen. Die katholischen Arbeitervereine sind gestiegen auf 52 Vereine mit 9309 Mitgliedern. Auf evangelischer Seite haben wir 20 Vereine und 1931 Mitglieder. Die letzte Statistik der Gesehellenvereine zeigt uns 21 Vereine mit 2117 Mitgliedern und 339 Ehrenmitgliedern, dazu verfügen dieselben über acht eigne Häuser. 20 evangelische Jugendvereine mit 986 Mitgliedern und 62 katholische Jugendvereine mit 7525 Mitgliedern zeigen uns, daß auch die Jugend am Niederrhein noch christlich denkt und fühlt. Diese Zahlen geben uns die bestimmte Gewähr, daß unsere Bewegung am Niederrhein weitere Fortschritte machen wird.

Mehr Fortschritte müssen wir aber auch in der Arbeiterinnenagitation machen. 1227 Arbeiterinnen waren am 1. April 1912 christlich organisiert, 1200 sind in den Arbeiterinnenvereinen zusammengeschlossen. Dieser Seite der Arbeiterbewegung muß angesichts der starken Beschäftigung von Arbeiterinnen am Niederrhein mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Insgesamt konnten wir am 1. April 1912 in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Niederrhein 35 000 Mitglieder aufweisen. Gewiß eine schöne Zahl, aber diese Zahl darf und kann uns nicht befriedigen, sie muß verdoppelt werden. Daran mitzuarbeiten, muß jeder christliche Arbeiter als eine vornehmste Aufgabe betrachten, der er sich nicht entziehen kann.

Führer und Mitglieder. Zu dem Artikel, der unter dieser Überschrift in Nr. 34 unseres Organs erschien, erhalten wir folgende Zuschrift aus Mitglieder-

kreisen: „In Nr. 34 unseres Verbandsorgans berührt eine Zuschrift aus Mitgliederkreisen die Auffassung, welche vielfach in Mitgliederkreisen noch über das Leben eines Gewerkschaftsführers vorhanden ist. Die darin gekennzeichneten Ansichten trifft man leider unter den Mitgliedern noch viel zu viel an. Besonders dann, wenn es sich um wichtige Beschlüsse handelt, wie die gegenwärtige Einführung von Sozialbeiträgen zur Stärkung unserer Zentralkasse, kommen derartige Ansichten am meisten zum Durchbruch. Gewiß gibt es auch vereinzelt Führer in der Arbeiterbewegung, die gerade nicht zur Abschwächung solcher Ansichten beitragen, aber es sind dies doch nur Ausnahmen. Hier gilt der Ausspruch, wo Menschen sind, da sind auch Fehler, und Fehler und Mängel werden auch in unseren Organisationen nie ganz verschwinden.“

Wenn nun solche rückständige Ansichten über das Leben der Gewerkschafts- und Arbeiterführer bei den Mitgliedern vorhanden sind, und in solchen Situationen, wie bei der Einführung von Sozialbeiträgen sich besonders geltend machen, so ist es doppelt bedauerlich, wenn oft Vertrauensleute und solche Mitglieder, die in der Organisation schon Posten bekleiden haben und noch bekleiden, in die nämliche Kerbe schlagen. Solche Stellungnahme muß das Vorwärtsschreiten unserer Organisation erschweren. Der Idealismus wird unterdrückt, und an seine Stelle tritt der Materialismus, d. h. eine Mitgliedschaft, die schließlich auch für das geringste Opfer keinen Sinn mehr hat.

Die Hauptursache solcher Erscheinung ist in der geringen Bewertung der geistigen Arbeit zu suchen, die unter den Arbeitern noch allzusehr anzutreffen ist. Wie schwer ist es, Arbeiter zu geistiger Betätigung heranzuziehen, und doch, wo wäre die deutsche Arbeiterschaft, wenn sich beim Entstehen unserer Gewerkschaftsbewegung nicht Kollegen gefunden hätten, die unter den anderen hervorragten durch Fleiß und Ausdauer an der Förderung unserer guten Sache, die damals neben ihrer Berufsarbeit manche Stunde in der Nacht geopfert haben, um sich heranzubilden und zu schulen. Jedenfalls ist es auch heute bei dem Widerstreit der Meinungen über die Taktik der Organisationen für die Führer oft eine schwierige Sache, die Gewerkschaften um alle Klippen herumzuführen und ihnen in der Öffentlichkeit die nötige Achtung zu verschaffen. Gerade hierdurch flechtet sich manche Sorgenfunde in das Leben eines Arbeiterführers ein. Aber auch gerade darum Achtung vor den Führern. Die Zeiten sind wahrhaftig zu ernst, und die Mission, die unsere christlichen Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung auszufüllen haben, zu erhaben, als daß das Mißtrauen gegen unsere Führer noch von solchen genährt wird, denen man einen klaren und weiten Blick zusprechen sollte.

Arbeiten wir insbesondere daran, daß die geistige Arbeit und damit auch zugleich der Beruf unserer Arbeiterführer höher bewertet wird, dann wird auch das Gebot der Stunde, Ausbreitung und Kräftigung der materiellen Grundlage unseres Verbandes, besser erkannt und freudiger durchgeführt werden.

Sozialdemokratische Urteile über die christlichen Gewerkschaften. Der Jahresbericht der christlichen

Gewerkschaften für das Jahr 1911 hat, wie nicht anders zu erwarten war, der sozialdemokratischen Presse Anlaß zu allerlei häßlichen Bemerkungen über unsere Bewegung gegeben. Sie sei bedeutungslos, gelte im Gewerkschaftsleben nichts und könne sich nur mit Mühe im Schnecken-tempo vorwärts bewegen. Mit diesen Phrasen wird die sozialdemokratische Presse jedoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sich unsere Bewegung kräftig voran entwickelt und zu einem Einflusse gelangt ist, der der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie höchst unangenehm ist. Das ist schon von Genossen selber ausgesprochen worden. Sie hat noch gelegentlich des letzten Bergarbeiterkampfes öffentlich gesagt, daß ohne die Mitwirkung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter eine Lohnbewegung im Ruhrkohlenbergbau nicht mit Erfolg geführt werden könnte. Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes haben sich über unsere christliche Textilarbeiterorganisation in ähnlichem Sinne ausgesprochen. So wurde auf der letzten Generalversammlung dieses Verbandes von dem Zentralvorsitzenden Hübich ein Referat gehalten, worin er im Namen des Zentralvorstandes den Wunsch aussprach, in Zukunft bei Bewegungen mit unserem Verbands zusammenzugehen zu können. Wenn unser Verband im besonderen und die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen so bedeutungs- und einflußlos wären, als es die sozialdemokratische Presse jetzt wieder erneut ihren Lesern glauben machen möchte, wäre das Referat des Zentralvorsitzenden des „deutschen“ Verbandes wohl nicht gehalten worden. Wörtlich heißt es darin u. a.: „Die Christen (gemeint ist unser Verband. R. d. T.-B.) haben jetzt mehr als 40 000 Mitglieder. Mit Lebensarten können diese nicht aus der Welt geschafft werden.“ Auch bewies die ganze Behandlung dieses Gegenstandes, daß der „deutsche“ Verband mit unserer Organisation wohl zu rechnen hat. Nach „Bedeutungslosigkeit“ sah das nicht aus.

Uebrigens verlohnt es sich, in die Erinnerung zurückzurufen, wie das sozialdemokratische Zentralorgan („Vorwärts“ Nr. 170, 1909) bereits vor drei Jahren über die christlichen Gewerkschaften geurteilt hat. In einem Rückblick auf den letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Köln gestand der „Vorwärts“ ein, daß die christlichen Gewerkschaften Erfolge erzielt hätten, mehr als die Gegner gedacht hätten:

„... sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen aufsehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände sind — wogu ihnen das Muster und die Erfahrung auf unserer Seite gute Dienste geleistet haben — im Aufbau und den Finanzen leidlich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbände. Es wäre ungerecht und verfehlt, das zu verkennen... Nicht nur beherrscht die Leitung die organisatorische Technik, sondern die einzelnen Redner wissen auch in der Form wie in der Sache ihre Gedanken meist wirksam zu vertreten. An der Anerkennung dieser Tatsache soll man sich nicht mit der ungebührlichen Hervorhebung dieser oder jener Nebenerscheinung vorbeidrücken. Das wäre, wie gesagt, nicht nur ungerecht, sondern auch in denjenigen Gegenden, wo die Christlichen von Einfluß sind, gefährlich.“

Seit der Zeit, wo der „Vorwärts“ dieses schrieb, haben die christlichen Gewerkschaften um weitere 70 000 Mitglieder zugenommen, ihr Einfluß ist mithin noch be-

Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie.

(Zu unserer Verbandsgeneralversammlung in Eberfeld.)
Von Heinrich Fahrnbrach, Bezirksleiter.

II.

Die Wuppertaler Kaufleute, selbst in rastloser Tätigkeit an der Mehrung ihres Gewinnes und Vermögens mitarbeitend, besorgten auch die Geschäftsreisen selbst. Zu Fuß und mit den großen planbespannten Wagen zogen sie zu den Messen und großen Handelsplätzen, wo sie nicht nur ihre eigenen Waren, sondern auch als Kommissionäre andere Gewerbezeugnisse für in- und ausländische Firmen absetzten. Die Kaufmannsjöhne gingen vielfach ins Ausland, besonders nach Frankreich, um dort ihre Lehre zu befehlen oder sich weiter fortzubilden. Auf diese Weise lernte man den Geschmack und die Bedürfnisse für die verschiedensten Textilzeugnisse und deren Herstellungsgeweise kennen und versuchte dann, die lohnenden Artikel selbst im Tale herzustellen. So wurden immer neue Textilzweige eingeführt, während andere Artikel, deren Herstellung unrentabel geworden, mit der Zeit verschwand. Aber auch durch Zuzug fremder Arbeiter wurden neue Artikel eingeführt und die Herstellungsmethoden vervollkommen. So soll durch eingewanderte Holländer und Franzosen, welche bei den Heiligenswürtern des 16. Jahrhunderts nach dem Wuppertale kamen, das schon frühzeitig der evangelischen Lehre sich zugewandt hatte, das Posamentengewerbe eingeführt worden sein.

Mit der Zeit wurden immer größere Ansprüche an die Industrie gestellt. Anstelle der glatten, einfarbigen Webwaren wurden immer feinere, buntere und gemusterte Sachen begehrt. Bis Ende des 17. Jahrhunderts konnte man aber im Wuppertale noch keine Färberei, die gefärbten Wollgarne waren bis dahin zumeist aus Holland bezogen worden, erst im Anfang des 18. Jahrhunderts wurden in Barmen die ersten Färbereien eingerichtet. 1785 kaufte man einem durchreisenden Färbergegnossen das Geheimnis der Türkischrotfärberei ab, und es entstanden bald eine Anzahl solcher Färbereibetriebe, welche den Besitzern recht gute Gewinne brachten. Diese kauften die Rohgarne auf, ließen dieselben färben und setzten sie an die weiter-

verarbeitende Industrie ab. Die Arbeitsmethode war recht unfruchtlich und zeitraubend, das Garn mußte von den Färbergegnossen mehrmals gebeizt und gefärbt und 21mal in der Wupper gespült und wieder getrocknet werden, ehe es farbecht und haltbar war. Der Preis war ein entsprechend hoher, ein Pfund türkischer Baumwolle mußte mit einem Reichstaler bezahlt werden.

Im 18. Jahrhundert wurde auch mit der Verwendung von Baumwolle zur Herstellung der Gewebe begonnen. Das Verspinnen derselben betrieb man hauptsächlich im Oberbergischen. Durch Verwendung dieses wohlfeileren Materials wurden die Garne und Webereizeugnisse billiger und fanden größeren Absatz, was einer günstigen Entwicklung der Industrie sehr zugute kam. Zur Herstellung der Bonten sowie zu vielen anderen Artikeln der Weberei und Wirkerei verwandte man jetzt anstelle des Flachses immer mehr die wohlfeilere Baumwolle. Besonders die Siamosenweberei nahm einen großen Aufschwung. Wie Thun in seinem Buche „Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter“ mitteilt, sollen am 26. März 1767 schon 1500 Webstühle mit 18 000 Spinnern, Spulern, Webern usw., 2000 Webstühle auf Leinwand mit 8000 Arbeitern und 2000 Bandstühle mit 6000 Arbeitern für Wuppertaler Kaufleute beschäftigt gewesen sein. Dazu kamen noch 100 Bleichereien mit 600 Arbeitern, 200 Färber mit ihren Knechten, 600 Florettspinner und -Wirker und 500 Fabrikbediente. Die Zahl der Webstühle stieg bis 1780 auf 4000.

Auch die Seiden- und Samtindustrie gelangte um die Mitte des 18. Jahrhunderts zur Einführung im Wuppertale. Johann Simons stellte den ersten Seidenwebstuhl im Jahre 1760 in Eberfeld auf. Zwar suchte die Firma Andrae in Wülheim am Rhein, welche ein Monopol auf die Herstellung von Seiden- und Samtwaren hatte, das Aufkommen der Wuppertaler Konkurrenz zu verhindern, sie verlor jedoch den angestrebten Prozeß. Zunächst wurden im Wuppertale hauptsächlich seidene Tücher für Nationaltrachten hergestellt, bald aber schon die verschiedensten ganz- und halbselbigen Gewebe in mannigfachen Dessins. 1816, noch bevor die Jacquardmaschine bekannt und die Dampfkraft zum Betriebe der Stühle angewandt wurde, waren im Kreise Eberfeld 1541 Webstühle auf Seide und Halbside in Betrieb, 1842 betrug die Zahl der Stühle bereits 5206, ein Beweis für die außerordentlich günstige

Entwicklung dieses Industriezweiges in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Ein weiterer Zweig der vielseitigen Textilindustrie, der im Tale schon seit dem 17. Jahrhundert betrieben wurde, war die Herstellung von Schnürriemen. Dieselben wurden fast ausschließlich von Frauen und Kindern mit der Hand geflochten, bis Rodmühl in Barmen um die Mitte des 18. Jahrhunderts die erste Flechtmaschine erfand. Diese Maschine, zuerst nur zur Herstellung von Schnürriemen verwendbar, wurde später immer mehr vervollkommen, so daß auch Korbeln, Ethen, Spigen und andere Besatzartikel in den mannigfaltigsten Mustern darauf hergestellt wurden, fast all die sogenannten Barmer Artikel, mit denen Barmen bald den Weltmarkt beherrschte. Diese Branche wird heute noch Riemenweberei genannt, die Flechtmaschine, Riemengänge und das Gestell, worauf dieselben ruhen, Riemenstühle.

Die Entwicklung der Technik brachte auch in der Weberei und Bandwirkerei große Umwälzungen mit sich, ganz besonders die Erfindung und Einführung der Jacquardmaschine. Im Jahre 1821 ließ das preussische Handelsministerium eine solche Maschine aufstellen, und bald erhielt die Firma Fr. Mittelsten Scheid u. Co. in Barmen auch den ersten Jacquardbandstuhl. Nach diesen Modellen bauten die Web- und Getauensfußschreiner des Wuppertales neue Maschinen, die mehr und mehr zur Einführung gelangten. Jetzt war die Möglichkeit gegeben, die mannigfaltigsten, der jeweiligen Modertichtung entsprechenden Muster in kurzer Zeit und zu nicht hohen Preisen herzustellen, wodurch die gemusterten Gewebe weit mehr als bisher auch in den breiteren Volksschichten getragen wurden.

1844 erfand der Belgier de Jager, genannt Schreiber, das Eisengarn und brachte es bei der Firma C. Th. Wuppermann jr. in Barmen zur Anwendung. Dieses widerstandsfähige, mit hohem Glanze versehene glatte Garn benutzte man zunächst meist aus Nähgarn, doch fand dasselbe schon bald und in stets steigendem Maße in der Weberei und besonders in der Besatzindustrie Verwendung, wo es heute eine große Rolle spielt.

Da es nicht möglich ist, auf alle Einzelheiten in der Entwicklung der so vielgestaltigen Wuppertaler Textilindustrie einzugehen, sei hier nur noch die Einführung der Rattendrucker, der Leppich- und Möbelstoffweberei, Woll- und Halbwoollenweberei,

beutend gestiegen. Demgegenüber nimmt sich das jegliche Geschrei der sozialdemokratischen Presse über die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften mindestens lächerlich aus. Bei den Genossen ist da der Wunsch der Vater des Gedankens.

Ein Entwurf zu einem Reichswohnungsgesetz. Immer lauter pocht das Problem der Wohnungsfrage an die Türen derjenigen, die zur sozialen Reformarbeit berufen sind. Wie einschneidend diese Frage für die sozialen Verhältnisse ist, darüber ist schon unzählig viel gesprochen und geschrieben worden. Man erinnert sich, daß leßthin bei der öffentlichen Diskussion über den Geburtenrückgang von maßgebender Stelle das Wohnungswesen als wesentlicher Grund des Uebels bezeichnet worden ist. Diese Behauptung läßt sich im ganzen Umfange gewiß nicht aufrecht erhalten, daß sie aber teilweise wenigstens auf Wahrheit beruht, ist nicht zu verkennen, und auch weitsehende Männer, wie der Graf Posadowsky, der sich bekanntlich auf dem Gebiete der Wohnungsreform große Verdienste erworben hat, haben darauf gebührend hingewiesen. Nun verlautet, daß die Wohnungscommission des Reichstages einen Vorentwurf zu einem Reichswohnungsgesetz entworfen hat, der als Unhaltspunkt für die im Herbst fortzusetzenden Beratungen im Reichstage dienen soll. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ nachstehend folgen:

In allen Gemeinden soll eine ständige Wohnungsaufsicht eingeführt werden, die sich über die Beschaffenheit, Einrichtung und Benutzung der Wohnungen in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung erstreckt. Die Wohnungsaufsicht soll beschränkt sein auf:

1. Wohnungen, die einschließlich Küche aus vier oder weniger Räumen bestehen,
2. größere Wohnungen, die in Mansarden-, Dach- und Kellergeschossen liegen,
3. Schlafstellen, Ledigenheime und Logierhäuser,
4. Wohn- und Schlafräume der Angestellten (Gefellen, Gehilfen, Lehrlinge, Arbeiter, Gesinde).

Die Wohnungsaufsicht soll den Gemeindevorständen obliegen, außerdem haben die Landesregierungen besondere Wohnungsaufsichtsbeamte zu bestellen. Den mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen sollen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizei zustehen, insbesondere sollen sie befugt sein, die der Wohnungsaufsicht unterliegenden Räume innerhalb der von Bundesrat oder Landeszentralbehörden festgesetzten Stunden zu besichtigen. Ueber ihre amtliche Tätigkeit haben die von den Landesregierungen bestellten Wohnungsaufsichtsbeamten Jahresberichte zu erstatten, die dem Bundesrat und dem Reichstage vorzulegen sind.

Der Bundesrat soll Vorschriften erlassen können denen die zum dauernden Aufenthalt dienenden Räume hinsichtlich ihrer Beschaffenheit, Einrichtung und Benutzung zu entsprechen haben, ebenso sonstige Anordnungen zur Durchführung der Wohnungsaufsicht. Die Vorschriften können verschieden geartet sein für die einzelnen Landesteile, ferner

für Stadt und Land, endlich für bestehende Wohnungen und Neubauten.

Weiter enthält der Kommissionsentwurf Bestimmungen über die Befugnisse der Aufsichtsbeamten zur Anordnung und Durchführung der auf Grund der erlassenen Vorschriften notwendigen Maßnahmen. Soweit die angeordneten Maßnahmen nicht die Beseitigung einer dringenden, das Leben und die Gesundheit bedrohenden Gefahr bezwecken, muß für die Ausführung eine angemessene Frist erlassen werden. Zur Räumung von beanstandeten Wohnungen soll die Polizeibehörde nur befugt sein, wenn die weitere Benutzung erhebliche Nachteile oder Gefahren herbeizuführen geeignet ist. Die Ausführung der erlassenen Vorschriften soll durch Geldstrafen bis zu 300 M. erzwungen werden können. Gegen die polizeilichen Verfügungen ist Berufung an die höhere Verwaltungsbehörde und in letzter Instanz an die Landeszentralbehörde zulässig, deren Entscheidung endgültig sein soll.

Unseres Erachtens wäre mit einem solchen Gesetze ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der reichs-gesetzlichen Wohnungs-pflege gemacht worden. Ueber Einzelheiten des Entwurfes und seinen Ausbau nach den verschiedensten Seiten hin läßt sich natürlich reden. Nun scheint aber die Reichsregierung dem Entwurfe insofern Schwierigkeiten zu machen, als sie einer Reichswohnungsgesetzgebung überhaupt ablehnend gegenübersteht. Sie will die ganze Sache den Bundesstaaten überlassen. Dieser Auffassung wäre entschieden entgegenzutreten. Es ist endlich an der Zeit, daß sich das Reich der Wohnungs-pflege mehr annimmt und gesetzlich eingreift. Würde die ganze gesetzliche Wohnungs-pflege den Bundesstaaten überlassen, ermangelte zunächst die Einheitlichkeit, und schließlich würde noch viel Wasser den Rhein herunterlaufen, bevor manche Bundesstaaten überhaupt etwas machten. Auch bei einem Reichswohnungsgesetze wird den Bundesstaaten noch ein weites Feld der freien Betätigung in der Wohnungsfürsorge übrig bleiben.

Ein Industrieorgan über das „Arbeitswilligenschutz“-Geschrei. Immer lauter und eindringlicher wird von den interessierten Kreisen in Wort und Schrift die Forderung nach einem stärkeren Gesetzeschutz der Arbeitswilligen erhoben. Und was der Mangel an stichhaltigen Gründen für eine Rechtfertigung einer solchen Forderung nicht zu bieten vermag, das wird durch einen ungeheuren Wortschwall und mit einer staunenswerten Kühnheit in der Behauptung zu ersetzen versucht. Der breiteren Öffentlichkeit wird die Meinung förmlich eingebläst, als ob Hunderttausende von den „braven Arbeitern“ unter dem Drucke der streikenden Gewerkschaftler geradezu seufzten und es als eine befreiende Tat empfinden würden, wenn die Gesetzgebung diesen angeblichen Druck löste.

Interessant ist es nun, wie im „Oesterreichischen Volkswirt“, Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, also einem der großkapitalistischen Industrie- und Handelswelt angehörenden Blatte, ein E. V. über die Forderung nach verstärktem Schutz der Arbeitswilligen urteilt. Nach einer Besprechung der Ursachen dieser Aktion und einem Rückblick auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung kommt der Verfasser des Artikels zu dem Schlusse, daß es sich den Unternehmern bei der Forderung nach besserem Schutz der Arbeitswilligen und einem Verbot des Streikpostens nicht so sehr um die persönliche Freiheit der Arbeiter handelt, sondern sie erhoffen dadurch vielmehr eine Einschränkung der Streikbewegung überhaupt und in weiterer Folge eine Schwächung oder Unterbindung des Einflusses der Gewerkschaften. Daß den Unternehmerverbänden in erster Linie dieses Ziel bei ihren Aktionen vor Augen schwebt, haben diese selbst zu wiederholten Malen in der unzweideutigsten Weise angekündigt.

Nachdem der Verfasser nach der tatsächlichen Lage der Dinge den Nachweis liefert, daß ein gesetzliches Verbot des Streikpostens auch in dem Falle nicht begründet ist, daß es bei größeren Streiks oder Ausperrungen hier und da zu Ausschreitungen kommen sollte, weil da nicht die Streikposten als solche, sondern vielmehr die bei solchen Anlässen gesteigerte Erregung und Erbitterung der Massen in Betracht kommt und gegen derartige Ereignisse schon die bestehenden Gesetze vollständig ausreichen, fährt er wörtlich fort:

„Um zu einer vollen Beurteilung der Frage des Arbeitswilligenschutzes zu gelangen, sind daher die wirklichen Ursachen zu betonen, aus denen ein Verbot des Streikpostens zu welcher konkreten Forderung sich ja der ganze Arbeitswilligenschutz verdrängt hat — von den Unternehmern gefordert wird. Zum Beweise dessen, daß tatsächlich das Bestreben, die Streikbewegung zu hemmen, der Grund für die Forderung des verstärkten Arbeitswilligenschutzes ist, sei nur an die eingehende Motivierung des Zentralverbandes der Industriellen erinnert, welche die Notwendigkeit, Streiks zu führen, überhaupt bestritt, auf den ohnedies steigenden Lohn der Arbeiterschaft verweist, aber zugleich die bedauerliche Tatsache betont, daß die Streiks mit relativ immer besserem Erfolge für die Arbeiterchaft abgeheiden.“

Es ist also der „Schutz der Arbeitswilligen“ eigentlich gedacht als Schutz der Unternehmer, und das Verbot des Streikpostens soll nicht so sehr Straftaten unmöglich machen und die persönliche Sicherheit der Arbeitswilligen garantieren, als vielmehr die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen hemmen. Dies muß als eigentlicher Grund der Unternehmerforderungen objektiv festgestellt werden, und diese Feststellung ist für die praktische Entscheidung der Frage von großer, vielleicht ausschlaggebender Bedeutung.“

Diesen Worten haben wir nicht viel hinzuzufügen. Was die Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen sagt, ist ja nichts neues, neu daran ist nur, daß es von einem Industrieorgan ausgesprochen wird. Bislang hat das

Unternehmertum die eigentlichen Gründe für seine Forderungen nach Schutz der Arbeitswilligen zu verlegen versucht. Für uns gibt es in dieser Sache nur eins: Kampf jedem Versuche, das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht der Arbeiter noch zu verschlechtern.

Ist die Arbeiterversicherung für die Industrie eine Last oder eine Wohltat? Die meisten Unternehmer betrachten unsere reichs-gesetzliche Arbeiterversicherung als eine Last, die die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und ihre Voranentwicklung erschwere. Demgegenüber weist in einem Artikel des „Tag“ der National-liberale Wohlmann darauf hin, daß die durch die Sozialversicherung gesteigerte Volkskraft und Konsumkraft ein Gewinn für die Industrie und die Volkswirtschaft sei. Es sei ein Fehler, wenn von öffentlichen Lasten bei der Leistung von Beiträgen zu der sozialen Versicherung geredet werde.

Diese Abgaben gehörten zu den Löhnen, d. h. den Betriebskosten, und wenn man einwendete, das sei nur Theorie, eine Last bedeuteten sie auf alle Fälle, und unsere Industrie werde dadurch dem konkurrierenden Ausland gegenüber benachteiligt, so möge das für den einzelnen Bezirk zutreffen, für die Industrie als Ganzes genommen sei es sehr die Frage. Es sei nicht so, daß das persönliche Interesse des einzelnen Unternehmers unter allen Umständen identisch sei mit dem seines Standes oder auch der Allgemeinheit.

Jeder Landmann, jeder Industrielle wünscht für seinen Betrieb billige Löhne, und es ist sein gutes Recht, danach zu streben; aber wird gefragt: was ist besser für deinen ganzen Stand oder für dein Volk im ganzen, eine niedrig gelohnte Arbeiterschaft mit geringer Konsumkraft oder eine hoch gelohnte, die in ihrem Milieukonsum allen ländlichen und industriellen Produkten erst ihren Wert verleiht? — dann kann nur die Antwort lauten: hohe Löhne! Im Jagen nach dem Verdienste durch die Produktion vergißt man zu leicht, daß diese wohl Gebrauchsgüter schafft, daß aber erst der Konsum sie zu volkswirtschaftlich wertvoll macht. Eine Ware, die keinen Konsumenten findet, ist gar nichts wert. Je höher daher der Massenkonzum in einem Volke ist, desto mächtiger wird auch die Produktion gefördert, desto größer der Volksreichtum.

Nun werden durch die soziale Gesetzgebung im Deutschen Reiche Millionen in einer Kaufkraft erhalten, die sie nicht haben würden ohne unsere Versicherungs-gesetze. Im Jahre 1909 sind an Unterstützungsgeldern nicht weniger als 762 161 000 M. ins Volk geflossen, zu denen die Arbeiter selbst 342 781 000 M. beigetragen haben. Das mag nun dem Gesamtkonsum gegenüber bescheiden erscheinen, immerhin ist es eine gewaltige Summe, die jährlich dahin fließt, wo früher die absoluteste ökonomische Einschränkung herrschte. Es werden nicht nur Hunderttausende von Einzelrentnern kaufkräftig; noch höher ist die Last zu einschätzen, daß Hunderttausende von Familien der Unterstützungsfürsorge für verarmte Verwandte überhoben und damit in den Stand gesetzt werden, sich selbst eine etwas höhere Lebenshaltung zu gönnen. Dazu kommt noch die weitblickende soziale Verwendung, die bei uns zum großen Teile die angesammelten Versicherungs-gelder finden. Im Jahre 1909 waren es bereits 237 137 000 M.“

So kommt Wohlmann zu dem einzig richtigen Schlusse: Unsere Sozialpolitik bedeutet am lezten Ende keine Last, sondern eine Wohltat für die Industrie; denn solche, ein ganzes Wirtschaftsleben beeinflussende Maßnahmen lassen sich nicht nach ihren nächstliegenden Wirkungen auf das Einzelportemonnaie beurteilen.

Dann kommt der Verfasser auf den Einwand zu sprechen, daß die englische Industrie die „soziale Belastung“ in dem Maße, wie die deutsche, nicht kenne und dadurch einen erheblichen Vorteil in der Konkurrenz mit dieser habe. Er streift diesem Einwande jede Berechtigung ab. Er zieht den Bergbau und die Eisenindustrie, diese Grundlagen jeder industriellen Entwicklung, in Betracht. Die sozialen Lasten hätten diese Industriezweige einstweilen nicht zu leisten, aber dafür entbehrten sie auch des Zollschutzes vor der ausländischen Konkurrenz. Die deutsche Eisenindustrie liefere häufig genug billiger nach England, als sie im Inlande verkaufe. Dann weist er auf eine Belastung der englischen Schwerindustrie hin, die wir in Deutschland gar nicht kennen. Das Unternehmertum der englischen Schwerindustrie hat alljährlich an den englischen Großgrundbesitz eine Art Zins zu entrichten, der je nach der Produktion des Unternehmens ganz erhebliche Summen ausmacht. Es ist der sogenannte Royalties.

„Die Last der Royalties beträgt bei Kohlen durchschnittlich 9 d die Tonne, d. i. 75 Pfg. Da die Aufwendungen für soziale Versicherungen im Jahre 1909 sich pro Tonne Förderung auf 79 Pfg. stellten, so wiegt die eine Last die andere so ziemlich auf, nur mit dem großen Unterschied, daß die so gezahlten Millionen (die Gesamtsumme aller englischen Royalties schätzt Chiozza Money auf etwa 7 Millionen Pfund, also etwa 140 Millionen Mark) in die Taschen einiger weniger Begüterten fließen und in keiner Weise den allgemeinen Konsum befruchten. Sir Isaac Lothian Bell schätz in seinen „Principles of the Manufacture of Iron and Steel“ die Höhe des Royalties, die auf einer Tonne Pigiron ruhen, im Cleveland-Distrikt auf 3 s 6 d gleich 3,60 Mark, im Cumberland-Distrikt auf 6 s 3 d gleich 6,25 Mark, in Schottland 6 s gleich 6 Mark. Dagegen haben unserer Schwerindustrie die Kohlen- und Erzlager jahrzehntelang so gut wie gratis zur Verfügung gestanden. Wenn das Spekulation ausgenutzt worden ist und dadurch viele Unternehmungen überkapitalisiert worden sind, so tragen sie eben eine Last, die sie sich selbst auferlegt haben und für die sie die Allgemeinheit nicht verantwortlich machen können.“

In Berücksichtigung all dieser Momente wird die vom Hansabund gemachte Zusammenstellung über die wachsende Belastung der deutschen Industrie zugunsten der Arbeiterversicherung kaum Eindruck auszuüben vermögen. Es ist und bleibt nun mal eben Tatsache, daß der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung unseres Vaterlandes zeitig zu-

der Herstellung gummielastischer Webwaren und der Knopfindustrie erwähnt, um ein ungefähres Bild von der Vielseitigkeit der Industrie im vorigen Jahrhundert zu bekommen.

War diese Industrie früher durch Privilegien, fast völlige Handelsfreiheit und sonstige Vergünstigungen seitens der Regierungen geschützt worden und erstarrt, so galt es jetzt im Wettbewerb der Konkurrenz die gewonnenen Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu behaupten und neue zu erwerben. Die neuen Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Dampfschiffe, rückten die Absatzmärkte näher und brachten so neue Absatzmöglichkeiten. 1841 erhielt Elberfeld die erste Eisenbahnverbindung nach dem Rhein. Früher hatte man mit der Post von Elberfeld nach Düsseldorf und zurück zwei Tage gebraucht, jetzt konnte man dieselbe Strecke in ebensoviel Stunden bewältigen. Wichtiger noch wurden für die Industrie die Ende der vierziger Jahre hergestellten Eisenbahnverbindungen Böhmen-Eisen und über Schwelm nach Witten und Dortmund, denn jetzt konnten aus dem Ruhrrevier die Kohlen in den nötigen Mengen und zu mäßigen Preisen nach dem Wuppertale befördert werden, wodurch der Uebergang zum mechanischen Betriebe erleichtert war. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Web-, Wirk- und Flecht- sowie die sonstigen Produktionsmaschinen fast ausschließlich durch Hand- oder Fußbetrieb in Bewegung gesetzt. Die Weberei, Wirkeri, Riemendreherei sowie das Hüßgewerbe betrieb man meist noch hausindustriell. Die Webstühle und Flechtmaschinen waren Eigentum der hausgewerblichen Kleinmeister, vom Kaufmann wurden nur die Rohmaterialien, den Webern teils auch die Jacquardmaschinen und Harnische geliefert. 1847 führte die Firma W. Voeddinghaus u. Co. den ersten mechanischen Webereibetrieb ein; bald folgten andere Firmen nach. Eine ganz erhebliche Produktionssteigerung war die Folge, denn jetzt vermochte der Arbeiter in den meisten Zweigen des Textilgewerbes mehr als eine Maschine zu bedienen. Da die großen körperlichen Anstrengungen zur Bewegung der Maschinen nicht mehr nötig waren, konnten auch immer mehr weibliche und jugendliche Arbeitskräfte in den Dienst der Industrie gestellt werden. Der Verbesserung der Maschinen und der Entwicklung der Technik überhaupt waren neue Möglichkeiten geboten, besonders in der Riemendreherei konnten durch manche Neuerungen immer neue Arten und andere Muster hergestellt werden.

sammenfällt nicht nur mit dem Schutz der nationalen Produktion, sondern auch mit dem Schutz der Arbeitenden selbst. Wo deshalb immer Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik zur Erledigung stehen, werden daneben sozialpolitische Maßnahmen zu treffen sein. Eben aus dem Grunde, weil unsere Sozialpolitik auf die deutsche Volkswirtschaft wohltuend und fruchtbringend einwirkt."

Was verschuldet die Gärung unter der englischen Arbeitererschaft? Zu dieser Frage brachte die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 210 recht interessante Ausführungen. Die Hauptursache dieser Gärung betrachtet ihr Gewährsmann in der auch in England eingetretenen großen und rapiden Steigerung der Preise, die seit 1896 stattgefunden habe und deren Grund sich speziell seit 1905 fühlbar mache. Dieses Wachsen der Preise für Nahrungsmittel, Brennmaterial, Wolle und überhaupt für alle Bedürfnisse des Arbeiterhaushalts sei wieder in den gelehrten, noch in den ungelahrten Verufen von einer entprechenden Steigerung der Geldlöhne begleitet gewesen. Der Reallohn sei demnach gesunken. Diese Behauptung wird durch Anführung nachstehender offizieller Ziffern erhärtet. Die Ziffern beruhen auf den Preisen und der Lohnsumme des Jahres 1900:

Jahr	Nahrung und Getränke	Löhne	Jahr	Nahrung und Getränke	Löhne
1879	141,4	83,3	1896	93,3	89,9
1880	141,8	83,2	1897	97,4	90,8
1881	139,5	84,7	1898	102,3	93,2
1882	142,1	85,8	1899	98,1	95,3
1883	141,2	85,8	1900	100,0	100,0
1884	124,9	85,0	1901	100,4	99,0
1885	116,5	83,6	1902	101,7	97,7
1886	110,9	82,8	1903	100,7	97,2
1887	107,8	83,0	1904	101,4	96,6
1888	111,9	84,7	1905	101,2	97,0
1889	111,3	87,5	1906	109,5	98,4
1890	109,5	90,2	1907	105,1	101,7
1891	117,0	91,5	1908	106,6	101,2
1892	110,9	90,0	1909	108,7	99,9
1893	109,7	90,1	1910	109,0	100,2
1894	102,9	89,4	1911	111,6	100,3
1895	99,5	89,1			

Diese Zahlen werden u. a. noch folgende Erläuterungen beigegeben:

„Die Bedeutung dieser Zahlen kann man sich nur dann voll vergegenwärtigen, wenn man sich erinnert, daß in einem Zeitraum von wenigstens einem halben Jahrhundert vorher die arbeitenden Klassen Großbritanniens langsam, aber doch beinahe unaufhaltsam einen Zustand steigender materieller Komforts erreicht hatten. Die Geldlöhne hoben sich, und während des größeren Teils jenes Zeitraums fielen die Preise für Lebensmittel und für die meisten anderen Bedürfnisse; die Arbeitszeit wurde verkürzt und andere Verbesserungen traten ein, sowohl in den Bedingungen der Arbeit wie des häuslichen Lebens. Dieser Prozeß hatte so lange gedauert und war so beständig, daß damit gerechnet wurde. In jeder Arbeiterfamilie war eine Unterfrömmung des Hoffens vorhanden, gegründet auf die Überzeugung, daß die Zustände sich, wenn auch langsam, doch in der richtigen Bahn entwickelten und daß es der nächsten Generation besser gehen werde als dieser. Jetzt nun ist aus vollkommen unerfindlichen Gründen dieser Fortschritt der Arbeiterklasse gehemmt, ja er hat sich in einen Rückschritt verwandelt.“

„Allerdings sind in Gestalt von Alterspensionen, erhöhter Entschädigung bei Unfällen, Krankheitsversicherung und anderen Verbesserungen auch einige Gewinne erzielt worden, aber kein einziger von diesen wird als Ersatz für die Verminderung des realen Lohnes betrachtet.“

Von den Gesichtspunkten aus erklären sich auch die jüngsten, zum Teil impulsiven Arbeitsniederlegungen englischer Arbeiter in der letzten Zeit. Die obigen Darlegungen befähigen ebenfalls aufs neue, daß die sich seit einigen Jahren bemerkbar machende Leuerung aller Bedarfsartikel eine internationale Erscheinung ist, die auch das freihändlerische England nicht verschonte.

Aus unserer Industrie.

Eine aufsehenerregende Erfindung in der Textilindustrie

Indigen russische Mäntel an. Danach soll ein französischer Techniker in Moskau ein Mittel gefunden haben, durch ein chemisches Verfahren einen Leinwandgarn aus herzustellen, der bedeutend feiner ist als das feinste bisher gesponnene Leinwandgarn. Außerdem soll der chemische Prozeß es ermöglichen, daß in der Spinnerei weniger Abfall fällt, so daß die Fabrikation sich erheblich verbilligt. Man will aus dem neuen Garn einen ganz feinen Leinwandstoff weben, welcher sich um 20 Prozent billiger verkaufen läßt, als die jetzt in den Handel kommenden feinsten Leinwandstoffe.

Wo rührt das Alpacagewebe her?

Hieraus werden wohl nur wenige eine Antwort zu geben wissen. Ersten Drittels des vorigen Jahrhunderts konnte man das Alpacagewebe bei uns in Deutschland und auf dem Kontinent und wohl überhaupt in der damals modernen Welt noch nicht. Überhaupt lag damals das Alpacagewebe für Frauenkleider noch im allgemeinen in seiner Kindheit. Dem heutigen englischen Textilzentrum Bradford war es vorbehalten, die Geburtsstätte des Alpacagewebes zu werden, das heute von Millionen von Frauen getragen wird.

Als im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Engländer, Titus Salt, der Sohn eines einfachen Wollhändlers, nach Bradford von Keatesfield her übersiedelte, da war Bradford noch ein Industrieort. Damals wußte man kaum, daß es in den Hochgebirgen der Cordilleras von Peru und Chile eine Samarkand gibt, welche herden-

wiese in Höhen von 2500 Meter weidet. Zum Bastier ist das Alpaca wegen seiner Störigkeit nicht zu gebrauchen. Indessen verstanden bereits die alten Inkas, aus ihrer Wolle Zeug zu verfertigen und sie zu färben. Diese Kunst war aber mit den Inkas zugrunde gegangen, und zuletzt benutzten nur noch die Indianer die Alpacawolle zur Anfertigung von groben Decken und Mänteln. Die Herstellung feinerer Gespinne und Gewebe schien wegen der Sprödigkeit des Materials lange Zeit unmöglich, denn dieses widersteht sowohl der Hand, als den bis dahin bekannten Spinnmaschinen.

Schon in der ersten Zeit seiner Tätigkeit in Bradford wurde Titus Salt Aufmerksamkeit auf die Einführung neuer, bis dahin in dem Wollgewerbe unbrauchbarer Rohstoffe gelenkt. Zuerst kam er auf ein an den Ufern des Don im südlichen Rußland erzeugtes Material, die sogenannte Donskowolle. Er gründete eine neue Fabrik nur zu dem Zwecke, um diesen ordinären Stoff zu verarbeiten, und diese bildete das Fundament seiner späteren, wichtigeren Erfindung. Im Jahre 1836 zeigte ihm zufällig ein Liverpooler Händler, von dem er Wolle zu kaufen pflegte, einen Ballen glänzenden Haarstoffs, der ihm zugeschickt worden war, von dem aber niemand etwas wissen wollte. Dieser Stoff stammte von dem Fließe des Alpaca. Der junge Salt nahm den Ballen mit nach Hause und kam später zurück, um die ganze Sendung und überhaupt allen Vorrat, der in Liverpool davon vorhanden war, aufzukaufen. Nach beharrlichen Bemühungen und mit Zurateziehung tüchtiger Mechaniker hatte er eine Methode gefunden, nicht bloß um die Alpacawolle in der Wollfabrikation zu verwerten, sondern um einen ganz neuen Kleiderstoff hervorzubringen, der die Mitte zwischen Seide und Wolle hält. Er ließ ein neues System von Maschinen konstruieren, welche nur für die spröde Alpacawolle berechnet waren und sicherte sich das ausschließliche Eigentum dieser Maschinerie durch ein Patent für seinen alleinigen Gebrauch und ohne solche Apparate auch für den Markt bauen zu lassen. Dies sicherte ihm auf 15 Jahre hinaus das Monopol seines Artikels.

Die Beliebtheit, welche das neue Zeug sofort bei der Frauenwelt fand, und das Aufsehen, welches es bei der ersten Londoner Weltausstellung erregte, veranlaßten Titus Salt, eine neue große Alpacafabrik auf dem Lande, in der Nähe von Bradford, unweit der Eisenhütten von Low-Moore, nach Krupp den größten der Welt, zu errichten. Auch nachdem Titus Salt seine neue Fabrikationsmethode ins Leben geführt hatte, sah er sich, so lange er im alleinigen Besitz des Geheimnisses war, andere Industrielle genötigt, die Alpacawolle mit anderen, geschmeidigeren Stoffen, wie Baumwolle, Seide, Kammgarn und Mohair, zu verspinnen. Nachdem Titus Salt aber sein Verfahren, die Alpacawolle ganz allein in seine Gespinne und Gewebe zu verwandeln, eingeführt und die Welt um einen neuen Artikel bereichert hatte, welcher alle bis dahin erzeugten Produkte zu ähnlichem Gebrauch in Schönheit, Dauerhaftigkeit und Billigkeit übertraf, hat die Kunst der Alpacawolle großen Umfang angenommen, und diese Tiere werden in großen Herden gehalten und nur zur Schur eingetrieben. Daß Bradford einen so gewaltigen Aufschwung nahm, hat es Titus Salt und der Alpacagewebindustrie zu danken, mit der es lange Zeit den Weltmarkt beherrschte. Heute werden Alpacagewebe in der ganzen Welt erzeugt und sind Gemeingut des allgemeinen Bedarfs in der Bekleidung für Damen und Herren geworden.

Glühstrümpfe aus Kunstseide.

Die Glühkörper für das von Auer erfundene Gasglühlicht wurden bisher ausschließlich aus Baumwolle oder Kanie, einer aus Chinagrass gewonnenen Faser, hergestellt. Wie auf so manchem anderen Gebiete der Textilindustrie, hat sich auch hier neuerdings die Kunstseide mit gutem Erfolge einen Platz neben den natürlichen Fasermaterialien errungen. Es scheint sogar, daß die Kunstseide infolge ihrer Eigenart gerade auf diesem Gebiete besondere Bedeutung erlangen wird.

Einen Nachteil der bisherigen Glühkörper war ihre Empfindlichkeit gegen Stöße und Erschütterungen, obwohl die heutigen Erzeugnisse gegen frühere schon erheblich bessere Festigkeitseigenschaften aufweisen. In noch viel höherem Maße gilt dies von den Kunstseidefäden, die in beliebiger Länge hergestellt werden können, während namentlich die Kaniefaser sehr kurz ist und sich nach längerem Glühen aufdreht. Dieses verschiedene Verhalten der beiden Fasermaterialien läßt sich unter dem Mikroskop sehr deutlich wahrnehmen; der Kunstseidefaden ist auch nach vielen hundert Brennstunden noch ebenso glatt wie ursprünglich, während der Kaniefaden stark zerfasert ist und eine Abnahme des Querschnittes zeigt. Hierdurch erklärt sich die größere Haltbarkeit des Kunstseideglühkörpers, der die durch den Luftverwechselfuß auf der Straße verursachten Erschütterungen ohne Schädigung erträgt und infolgedessen auch für die Beleuchtung von Eisenbahnwagen vorzüglich geeignet ist.

Zur Prüfung der Glühkörper auf ihre Haltbarkeit sind besondere Stoßmaschinen konstruiert worden, mit deren Hilfe der Glühstrumpf, in ähnlicher Weise wie in der Praxis, sowohl senkrecht wie waagrecht Stößen ausgesetzt werden kann. Je mehr Stöße er aushält, bis er zerbricht, umso besser ist seine Qualität. Kanieglühlichter, die noch nicht gebrannt haben, ertragen auf einer solchen Maschine 500 bis 1000 Stöße, nach zehntägiger Brenndauer aber nur noch 100 Stöße. Dagegen halten gute Glühkörper aus Kunstseide auch nach 500 Stunden Brenndauer im Durchschnitt noch 600 Stöße aus, und vor ihrer Benutzung waren sie sogar nach 6000 Stößen noch unbeschädigt. Sie sind auch nach dem Abkühlen

so zäh, daß man sie in einer Klammer einspannen und mit einem Gewicht beschweren kann. Ein solcher Glühkörper, der selbst nur ungefähr ein Gramm wiegt, trug anfangs etwa 20 Gramm und nach einer Brenndauer von 500 Stunden noch 15 Gramm vier Stunden hindurch.

Infolge dieser äußerst günstigen Eigenschaften eignen sich die Kunstseideglühkörper besonders für die moderne Straßenbeleuchtung mit Preßgas; es hat sich hierbei gezeigt, daß sie, auch nachdem sie sieben Wochen lang Nacht für Nacht in Betrieb waren, fast unverletzt vom Brenner heruntergenommen werden konnten. Auch hinsichtlich des Gasverbrauches stellen sich die neuen Glühkörper, die sicher bald allgemeine Verbreitung finden werden, äußerst günstig.

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Im Anschluß an den Antrag unserer Ortsgruppe zur Verbandsgeneralversammlung, die Delegiertenwahlen betreffend, möchte ich an dieser Stelle noch meine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß bei der nun vollzogenen Wahl manche Mitglieder, und hauptsächlich diejenigen, die den Versammlungen fern bleiben, nicht wußten, was sie mit dem Wahlzettel anfangen sollten. Garnichts damit zu machen, als ihn ins Kuvert zu stecken, kam ihnen komisch vor; die Namen, die oben stehen, sind ihnen fremd und gleichgültig, höchstens dem Vorstände bekannt. Die Wahlzettel werden mechanisch und gedankenlos ins Kuvert gesteckt, mag oben stehen, was will. Ich würde bei Beratung dieses Gegenstandes (Antrag 96 Kottbus) noch folgendes zur Berücksichtigung empfehlen: 1. Jede Ortsgruppe muß ihren Delegierten selbst wählen einen Mann, den die Mitglieder kennen und der auch Zeit hat, die Sache zu machen. 2. Würsten die gewählten Delegierten an einem für alle günstig gelegenen Orte zusammenkommen und dort losen. Sind z. B. aus 8 Ortsgruppen 8 Delegierte gewählt, so werden 8 Zettel von 1—8 nummeriert. Wer Nr. 1 zieht, ist erster, wer Nr. 2 zieht, ist zweiter Delegierter. Die übrigen 6 Nummern bleiben der Reihenfolge nach als Ersatzmänner. Hiermit wäre dann der ganze Wahlakt erledigt, und würde dann das Geld für die Wahlzettel und vielen Vertrauensleuten mancher Gang erspart. Wenn bei diesem Wahlmodus der Bezirksvorsitzende eine Karte zieht, so verschlägt das nichts, denn er fährt ja doch zur Generalversammlung. Zieht der Sozialbeamte eine Karte, dann wirkt das nicht so verlegend, als wenn er nicht gewählt worden wäre. Auch braucht bei diesem Wahlmodus niemand zu befürchten, daß in späterer Zeit aus unserer Verbandsgeneralversammlung einmal eine Beamtenkonferenz werden könnte. Es wird m. E. auf die einzelnen Ortsgruppen ermunternd und anregend wirken, wenn sie den Delegierten, den sie kennen und dem sie Vertrauen schenken, selbst wählen. Es kommen dann auch hier und da kleine Ortsgruppen zu der Ehre, einen Delegierten zu stellen.

Ich möchte auch der Meinung entgegenstehen, daß der Delegierte ein Redner sein müßte. Der Freiherr von Stein wurde einmal von einem neugewählten Abgeordneten gefragt, was er im Abgeordnetenhaus zu tun habe, und erhielt derselbe die Antwort: „Er solle zuhören, was klügere Leute sagen.“ Bei der außersprecher eingeschränkten Redezeit können auch nicht alle sprechen. Es ist aber wichtig, daß auch Leute aus kleinen Ortsgruppen mal einen Einblick bekommen, wie es auf einer Generalversammlung zugeht.

Auch wurde auf unserer letzten Versammlung des Wahlkomitees die Ansicht ausgesprochen, daß der oder die Delegierte nach der Verbandsgeneralversammlung die Ortsgruppen bereisen sollte, um Bericht zu erstatten. Das ist auch nicht nötig. Dafür haben wir einen Bezirksbeamten, eine Zeitung und ein Protokollbuch.

Ich habe diese Zeilen geschrieben, in der Hoffnung, daß meine Meinung bei der Beratung des Antrages 96 Kottbus mit Berücksichtigung finden möchte.

In Nr. 35 unserer Zeitung unter den Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung finde ich von J. H. Kresfeld einen Satz: „Es möchte das Unterstützungsweesen auf freier Grundlage geschaffen werden.“ Das ist ganz meine Ansicht. Für Neuaufzunehmende spielt die Höhe des Beitrags immer das erste Hindernis. Später, wenn sich dieselben an den Verband gewöhnt haben, treten sie den Unterstützungsseinrichtungen doch bei. Es wird die Agitation erleichtert, wenn wir durch Weglassung der Unterstützungsseinrichtungen den Beitrag niedriger machen könnten. Also nur Gemäßigter, Streik- und Aussperrungsunterstützung.

Paul Schreitmüller, Kottbus.

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Diese Worte möchte ich jedem Kollegen und jeder Kollegin als Anlaß unserer bevorstehenden Generalversammlung in Oberfeld, die jedenfalls ihre Vorgängerinnen an Wichtigkeit noch übertreffen dürfte, zurufen.

„Sozialbeiträge“, so heißt das vielumstrittene Wort, um das sich fast jede Zeitschrift dreht. Und auch mit Recht, denn diese Frage ist ohne Zweifel die wichtigste, sie ist von einschneidender Bedeutung für unsern Verband nach jeder Richtung hin. Erfreulicherweise haben schon eine ganze Anzahl tüchtiger Kollegen und Kolleginnen ihr „Für“ und „Wider“ hier an dieser Stelle abgewogen. Auch ich möchte nun meine Meinung, die sich auf mehrjährige Tätigkeit als Vertrauensmann und Vorstandsmittglied gründet, hier zur Sprache bringen.

Meiner Ansicht nach müssen wir den Sozialbeitrag unbedingt zur Einführung bringen. Jede Ortsgruppe soll denselben zur Deckung der Ausgaben in den Umständen angemessener Höhe, jedoch nicht unter 5 Pf. pro Mitglied und Woche, erheben. Zeitungsabonnements sowie Eintrittsgeld soll den Ortsgruppen verbleiben, dagegen müßten die Mitgliedsbeiträge in Zukunft

voll und ganz der Zentralkasse überwiesen werden.

Auf diese Art wird es möglich, daß wir der Zentralkasse jährlich eine ganz anständige Summe mehr zuführen können. Und das müssen wir tun, denn es ist eine Notwendigkeit, es ist ein Gebot der Zeit. Je mehr Geld wir zur Verfügung haben, desto mehr sind wir selbst gesichert, desto eher und leichter können wir kämpfen und — siegen.

Ich glaube kaum, daß wir, wenn alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute ihre Pflicht tun, besonders im Punkte der Aufklärung, bei Einführung der Lokalbeiträge viel Mitglieder verlieren werden. Jedenfalls könnten wir mit solchen Mitgliedern, die wegen 5 oder 10 Pf. in der Woche sahnensüchtig würden, im Ernstfalle auch keine großen Kämpfe führen, denn mit Kleingeldkrämeren gewinnt man keine Siege. Gewiß, wir haben ja Mitglieder und Familienväter, die auf jeden Groschen sehen müssen, aber meistens sind dieselben in bezug auf Beitragzahlen, wenn sie richtig bedient werden, gar nicht so kleinlich. Im Gegenteil, sie könnten oft anderen Kollegen, die es bedeutend besser haben, als Vorbild dienen. Manch einer schimpft ja auch über hohe Beiträge, der in jeder Woche vielleicht das Fünffache und noch mehr dem Dämon Alkohol zum Opfer bringt. Jedenfalls werden alle einsichtigen Kollegen und Kolleginnen, die vom richtigen gewerkschaftlichen Geiste durchdrungen sind, die Lokalbeiträge gerne auf sich nehmen, in der richtigen Erkenntnis, daß zum Kämpfen Geld gehört und noch einmal Geld!

Dagegen halte ich es für verfehlt, bereits bestehende Unterstützungen zu erniedrigen oder gar abzuschaffen. Besonders die Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung sollte man zum mindesten auf der jetzigen Höhe belassen. Veränderungen dieser beiden Unterstützungsarten zu Ungunsten unserer Mitglieder würden uns zehnmal mehr schaden als nützen, besonders hier in Baden. Denn, wenn unser Verband einerseits auch in keine Unterstützungsanstalten ausarten soll, so müssen wir uns andererseits aber auch hüten, unsere liebsten und im Falle der Not am dankbar empfindendsten Unterstützungsanstalten zu schmälern. Höchstens könnte man bei der Arbeitslosenunterstützung die einzelnen Tage im Wegfall kommen lassen.

Durch Aufgabe der Konferenzen zu sparen, wie dies ein Kollege wünscht, würde n. G. unsern Verbände wohl viel schaden, aber sehr wenig nützen. Im Gegenteil, ich halte es im Interesse unserer Agitation für wünschenswert, dieselben nach Tunlichkeit zu vermehren, insbesondere für unsere Vertrauensleute. Eine tüchtige Vertrauensperson kann ja bekanntlich bei den Mitgliedern viel erreichen, eine untüchtige dagegen sehr viel schaden.

Ferner sollten wir in Zukunft die Agitation unter den Jugendlichen noch mehr und in weit höherem Maße betreiben als das bisher der Fall war. Im Verhältnis haben wir noch immer zu wenig Nachwuchs.

Jedenfalls soll und wird unsere Generalversammlung in Elberfeld auch dazu beitragen, daß uns die Zukunft nie ein „Wenetelel“ spricht, und daß uns selbst die wichtigsten Möglichkeiten gerüstet finden werden.

Für jedes Mitglied aber gilt das Wort:

Wißt du uns groß und mächtig sehen,
Wohlan, so lern die Zeit verstehen,
Versteht du sie, dann sicherlich
Wagst du bald Zeit und Geld und — dich!

Oskar Rümmele.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Dülken.

Eine Lohnerhöhung erzielten die Arbeiter bei der Firma Textappen (Appretur). Die Firma bewilligte auf das Vorstelligen unseres Bezirksvorstehenden hin eine Lohnerhöhung von 40 Pf. bis 3.10 M. wöchentlich für den einzelnen Arbeiter. Das sind durchschnittlich 1.25 M. wöchentlich oder 67 M. jährlich. Da 16 Arbeiter in Betracht kommen, beträgt die Gesamtlohnerhöhung jährlich rund 1000 M. —

Ebenfalls erzielten die Arbeiter bei der Firma Paul Schwab (Baumwollfärberei) eine nennenswerte Lohnerhöhung auf das Vorstelligen des Verbandsbeamten hin. Der Erfolg in diesen beiden Betrieben zeigt der Dülkener Arbeiterschaft, daß die Organisation doch Zweck hat, denn ohne Organisation wäre ein Erfolg ausgeschlossen gewesen. Mögen die noch fernstehenden Textilarbeiter hieraus die nötige Lehre ziehen und sich dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands anschließen.

Forst (Lausitz).

Erfolgreich beendeter Streik. Der Streik bei der Firma Friß Fabian ist nach sechswöchiger Dauer mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Wir werden in der nächsten Nummer näher auf diesen Kampf eingehen.

Göppingen (Württemberg).

Androhung einer Aussperrung in der süddeutschen Textilindustrie. Auf Betreiben des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes richteten vor mehreren Wochen die Kollerinnen und Spulerrinnen der Firma Buz u. Söhne, mechanische Buntweber in Göppingen, Lohnforderungen ein. Die Firma erhöhte daraufhin auch zum Teil die Löhne der genannten Arbeiterinnen. Die von der Firma gemachten Zugeständnisse wurden jedoch von den im „deutschen“ Textilarbeiterverbande organisierten Kollerinnen und Spulerrinnen als ungenügend erachtet. Nachdem sich diese nur etwa zwei Wochen im Ausstande befanden, erklärten sich schon die dem süddeutschen Ver-

bande der Arbeitgeber in der Textilindustrie angehörigen Buntweberverein mit der Firma Buz u. Söhne solidarisch und kündigten alle Arbeiter. Die Kündigung ist jedoch nur eine bedingte, was auch aus dem gleichlautenden Texte der allen Arbeitern zugestellten Aufkündigungsscheine hervorgeht. Wir lassen hier den Wortlaut der Aufkündigungsscheine folgen:

Aufkündigungsschein.

Dem H. N., Weber ist unsererseits heute auf den 14. September 1912 gekündigt worden.

Diese Kündigung ist hinfällig, falls und sobald der Ausstand der Kollerinnen und Spulerrinnen bei der Firma Buz u. Söhne beendet sein wird. Wegen Weiterbeschäftigung Nichtorganisierter verweisen wir auf unsere Ankündigung vom 29. cr.

Göppingen, den 20. August 1912.
Name der Firma.

Aus der in allen Buntwebervereinen Göppingens durch Fabrikanschlag am 29. August erfolgten Ankündigung geht hervor, daß von der Aussperrung nur die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes betroffen werden sollen. Die fragliche Ankündigung lautet:

An unsere Arbeiter!

Die Kollerinnen und Spulerrinnen der Firma Buz u. Söhne dahier haben bei derselben Forderung auf Erhöhung der bestehenden Lohnsätze gestellt. Diesem Verlangen ist die Firma nach bester Möglichkeit entgegen gekommen. Trotzdem sind am 17. August die Kollerinnen und Spulerrinnen in den Ausstand getreten, wodurch die Firma zu einer erheblichen Einschränkung ihres Betriebes gezwungen worden ist. Die ausständigen Arbeiterinnen werden vom „deutschen“ Textilarbeiterverband unterstützt.

Unter diesen Umständen sehen sich die übrigen Buntwebervereine, insbesondere unsere Firma, außerstande, diejenigen ihrer Arbeiter weiter zu beschäftigen, welche dieser Organisation angehören und hierdurch zur Unterstützung der zu Unrecht im Ausstande verharrenden Arbeiterinnen indirekt beitragen.

Zur Durchführung der Aussperrung der im Verband „deutscher Textilarbeiter“ Organisierten, werden wir am 31. d. M. zunächst unsern sämtlichen Arbeitern in der durch die Arbeitsordnung vorgeschriebenen Form kündigen. Wir sind aber bereit, soweit technisch nötig ist, diejenigen Arbeiter, welche uns in glaubwürdiger Weise durch Unterschrift erklären der fraglichen Organisation weder jetzt anzugehören noch ihr seit dem 1. Januar 1912 angehört zu haben, weiter zu beschäftigen. Ihnen gegenüber die Kündigung als nicht geschehen zu betrachten.

Soweit die Weiterbeschäftigung solcher Arbeiter nicht möglich sein sollte, werden wir dieselben — wenn auch ohne Anerkennung einer Rechtspflicht — angemessen unterstützen. Unsere Kündigung ist hinfällig, falls und sobald die Differenzen bei B. Buz u. Söhne beendet sein werden.

Göppingen, den 29. August 1912.
Name der Firma.

NB. Die oben erwähnten Erklärungen nehmen wir schon von heute an auf unserm Kontor entgegen.

Wie nun der süddeutsche Verband der Arbeitgeber in der Textilindustrie in den Tageszeitungen bekannt gibt, soll für den Fall, daß die bei der Firma Buz u. Söhne bestehenden Differenzen nicht bald beigelegt werden, auch noch die Kündigung aller Arbeiter in den Rohwebereien folgen, so daß dann einige tausend Arbeiter von der Aussperrung betroffen werden dürften. Im Falle der Nichtbeilegung der Differenzen bis zum 20. September ist eine weitere Ausdehnung der Aussperrung auf alle im süddeutschen Verbände der Arbeitgeber in der Textilindustrie organisierten Betriebe in Aussicht genommen. Der Arbeitgeberverband läßt erklären, daß sich die Aussperrung nur auf die Mitglieder des deutschen Textilarbeiterverbandes erstrecken wird; die nicht Organisierten oder anderweitig Organisierten sollen, soweit dieses technisch möglich sei, weiter beschäftigt oder im Falle der Stilllegung der Betriebe angemessen unterstützt werden.

Bei der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes herrscht ob dieser unerwarteten Wendung der Dinge eine heillose Verwirrung und Konfusion. Der Lokalbeamte des „deutschen“ Verbandes in Göppingen fordert in einem Artikel in der Göppinger sozialdemokratischen Volkszeitung seine Mitglieder zur Unterschrift des Reverses vom Arbeitgeberverband auf. Er schreibt wörtlich (Der Artikel, der nebenbei bemerkt ein ganz erbärmliches Deutsch enthält, trägt die Unterschrift des Lokalbeamten Max Mastuth aus Göppingen. D. B.): wenn die Herren wollen, daß die Arbeiterschaft heucheln soll, gut dann heucheln wir . . .

In einer am 2. September in Göppingen stattgefundenen und gut besuchten Mitgliederversammlung unseres Verbandes, in der Kollege Müller aus Bamberg an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kollegen Kammerer, über unsere Stellungnahme zur gegenwärtigen Aussperrung referierte, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, unter keinen Umständen in eine Sympathiebewegung zugunsten des sozialdemokratischen Verbandes einzutreten. Einmal bestvegen nicht, weil wir ja dazu auch keine Veranlassung hätten, da unsere Mitglieder von der Aussperrung nicht betroffen würden und dann aber auch, weil die „Deutschen“ bei der Firma Buz u. Söhne allein vorgegangen seien und Lohnforderungen eingereicht hätten, ohne sich mit der Leitung unseres Verbandes wegen eines gemeinsamen Vorgehens irgendwie verständigt zu haben. Derselbe sozialdemokratische Verband, der wie in vorliegendem Falle die Interessen der Textilarbeiter dadurch schwer geschädigt hat, daß er unsern Verband anlässlich der Lohnbewegung bei der Firma Buz u. Söhne übergangen hatte, noch vor einigen Monaten den traurigen Mut, in Göppingen ein Flugblatt verteilen zu lassen, das schwere Anklagen enthielt gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis jetzt noch nicht ihr Heil im sozialdemokratischen Verbände gesucht haben. Die Führer des „deutschen“ Verbandes klagten damals die Unorganisiereten deswegen an, weil sie Lohnerhöhungen angenommen hätten, ohne bei den Forderungen mitgewirkt zu haben. Bei der letzten Bewegung in Göppingen da-

gegen war es den nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeitern durch den „deutschen“ Verband unmöglich gemacht worden, bei den Forderungen mitzuwirken. Wir können darum mit vollem Rechte Anklage erheben gegen die unverantwortliche Taktik der sozialdemokratischen Verbandsführer. Angesichts solcher Vorkommnisse braucht man sich gar nicht zu wundern darüber, daß das Vertrauen der Arbeiter zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften hier immer mehr schwindet, und daß tausende Arbeiter und Arbeiterinnen trotz aller Vorlesungen der „Deutschen“ lieber unorganisiert bleiben als wie die Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen solchen „Führern“ anzuvertrauen.

M. Gladbach.

Bei der Firma Schippers u. Daniels wurde im Juni ordnungsmäßig der am 1. September ablaufende Tarif gekündigt. Bei den Erneuerungsverhandlungen, die am 2. dieses Monats stattfanden, wurden annehmbare Verbesserungen für die Arbeiter erreicht und ein neuer Tarif für eine Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Für die Passierer sind der Firma ebenfalls Wünsche unterbreitet worden, welche ihrer Erledigung entgegensehen.

Den Kopper- und Stöpferinnen der Firma Dörner u. Bergmann sind jetzt zum zweiten Male innerhalb dieses Jahres Lohnreduktionen zugemutet worden. Das erste Mal konnten dieselben mit Hilfe der Organisation abgewehrt werden. Die Firma scheint ihr Ziel aber hartnäckig zu verfolgen. Sie hat jetzt einen neuen Meister — Rebig mit Namen — eingestellt, welcher sich anscheinend stark dafür gemacht hat, dieses Problem zu lösen. Derselbe wird aber eine harte Nuß zu kneten bekommen. Die Arbeiterinnen sind alle in unserem Verbände organisiert und werden, wenn es erforderlich sein sollte, ihre Sache bis zum äußersten verteidigen.

Weitere Differenzen bestehen bei der Firma Friß Cohen. Mit dieser werden in nächster Zeit Verhandlungen gepflogen. Hoffentlich werden dieselben zu einer friedlichen Erledigung der Angelegenheit führen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Blauen. Zum Krach in der hiesigen Filiale des deutschen Textilarbeiterverbandes, über den unsere Zeitung in der vorigen Nummer berichtet hat, erscheint in dem Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt folgender Artikel:

„Wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, herrscht unter einem Teil der Mitglieder dieses Verbandes große Unzufriedenheit über den Ausschluß des zweiten Geschäftsführers Uhlig und die Anstellung des bisherigen ersten Geschäftsführers Wolf in Kassel. Am 26. Juni war es in einer Versammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen und schließlich zur Wahl einer elfgliedrigen Kommission gekommen. Diese Kommission sollte die Angelegenheit untersuchen und Klarheit über die Streitpunkte bringen. Obwohl nun die Kommission ihres Amtes gewaltig hat, ist ihr bis heute nicht Gelegenheit gegeben worden, ihr Material vorzubringen, vielmehr hat man Angehörige der Kommission mit dem Geschäftsführer Uhlig einfach ausgeschlossen. Dies war die Veranlassung zu einer am Sonnabend nach dem „Schützenhof“ einberufenen Protestversammlung, die von etwa 250 Personen besucht war.“

Über den ersten Tagesordnungspunkt: „Die Zustände im deutschen Textilarbeiter-Verband, und was haben die Kommissionsitzungen gezeigt?“ referierte ein Mitglied namens Stier. Er führte aus: Am 26. Juni, dem Tage einer kürzlich verlaufenen Versammlung, war es zum Krach gekommen, der wegen der scharfen Behandlung des Geschäftsführers Uhlig durch seinen Kollegen Wolf nicht zu vermeiden war. Schwere Anschuldigungen wurden gegen letzteren erhoben, die Folge sei die Wahl erwählter Kommission gewesen. 19 Stunden habe diese getagt, aber bis jetzt sei ihr noch keine Gelegenheit zur Berichterstattung gegeben worden, vielmehr seien Kommissionsmitglieder durch Ausschluß mit dem „Maulkorb“ bedacht worden. Die Tagungen hätten die Anschuldigungen gegen Wolf bestätigt, auf die der Redner nun des näheren eingeht. Die Anschuldigungen beziehen sich auf den Verkauf von Eintrittskarten in Mühltal, das Eintaffieren einer Extratour bei einem Vergnügen im Schützenhofe, das Berechnen einer Drochsenfahrt zu einem Begräbnis in Theuma, die aber gar nicht ausgeführt sein soll, Vorkommnisse bei einem Ausflug Ausständiger nach Kleinfrieden und beim Weberstreik der Firma Lange. Hier habe er mehrere Male Tantiemen für sich behalten. Dem früheren Geschäftsführer Uhlig, der eine kleine Rente wegen Invalidität bezieht, wollte er diese Rente eigenmächtig vom Gehalt kürzen. (Wst.) Würde das ein Unternehmer tun, würde man dessen Handlungsweise niedriger hängen, meinte Stier. Nach Beendigung des Lamburiererstreits hätten nicht alle Kollegen Arbeit gefunden und sich deshalb um Gemahregelten-Unterstützung an den Zentralvorstand gewandt; die Unterstützung sei auch bewilligt, aber auf Wolfs Befehl sei ihnen der niedrigste Satz, bloß einem, einem Herrn Martin, der an Sonntag in Dessau zur Wahl als Geschäftsführer stehe, sei der höhere Satz, ausgezahlt worden. Das sehe doch etwa nicht nach gleicher Behandlung aus. Alles das habe die Kommissionsmitglieder veranlaßt, durch Briefe das Geschäftsbüro zu benachrichtigen. Einen an das Zentralvorstandsmittglied Hübsch-Berlin gerichteten Beschwerdebrief habe Wolf einfach geöffnet und sich der Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig gemacht. Weiter sei die scharfe Behandlung zur Sprache gekommen, welche Wolf Mitgliedern, die Krankenunterstützung zu beanspruchen hatten, zuteil werden lassen. Die Berichtigung des Geschäftsführers Hahn im „Vogtl. Anz.“ beruhe auf Unwahrheit, denn nicht ein einziges Kommissionsmitglied habe den Einblick erhalten, daß der ausgeschlossene Geschäftsführer Uhlig sich eine Unregelmäßigkeit habe zuschulden kommen lassen. Das Verhalten des Hauptvorstandsmittgliedes Hoffel-Berlin sei scharf zu verurteilen. Dieser Beamte, der vom Hauptvorstand als Untersuchungsbeamter hierher beordert gewesen, habe sich als Verteidiger Wolfs aufgespielt, statt dafür zu sorgen, daß alles genau aufgeklärt werde. Die Ablehnung des Hires am 26. Juni sei erfolgt, weil nicht ordnungsgemäß eingeladen gewesen sei. Wer Pflichten habe, beanspruche auch Rechte. Was sich Gauleiter Dreffel herausgenommen, darüber müßte der Redner ebenfalls drastische Beispiele zu erzählen. In einer Versammlung sei bekannt gegeben worden, daß in der Kasse 400 M. Defizit vorhanden wäre. Man sage nun, Uhlig sei an diesem Defizit schuld. Dann soll doch

Strafantrag gestellt werden, und zwar im Interesse Uhligs, damit er sich rechtfertigen könne. Um die Anschuldigungen gegen Uhlig abzuschwächen, hiesse es jetzt, er sei mit Arbeit überhäuft gewesen, habe vielleicht einmal eine Enttragung vergessen um. Die reime sich das aber damit zusammen, daß man jetzt Belege über 120 und 117 M. finde? da müßte doch Ueberflus in der Kasse sein. Wo ist der Ueberflus? Die Elferkommission sei vom Geschäftsführer Hahn, der sich selbst als Vorstandmitglied gewählt habe, derart behandelt worden, daß ein gerichtliches Nachspiel folgen müsse. Als Dreffel den Geschäftsführer Uhlig erstmalig seines Postens enthoben habe, sei eine Revision vorgenommen worden, und zwar von Dreffel und zwei Vorstandsmitgliedern, und da sei bei einer Einnahme von 27 000 M. ein Fehlbetrag von 6 M. festgestellt worden, dem aber 25 M. Mantogelber gegenüberstanden. Nach sechs Wochen - in dieser Zeit hat Geschäftsführer Hahn die Kasse geführt - fand man schon 400 M. Fehlbetrag. Als wir uns deswegen aufregten, kamen die Maulkörbe von Berlin. Als in der letzten Versammlung ein Mitglied, das auch ausgeschlossen werden soll, stark beleidigt worden sei um den keine Hilfe gefunden habe beim Vorstehen, habe er sich eben selbst gehalten und den Redner von der Bühne gezogen. Das Ausschlußverfahren müßte deshalb eigentlich gegen den Vorstehen Reichelt gerichtet werden. Aufs schärfste zu verurteilen sei die Art, wie die Kollegen vom Besuch der Versammlung abgehalten wurden, wo sie die Wahrheit erfahren sollten, so z. B. auch die Tatsache, daß in einer am Freitag abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung der Beschluß gefaßt worden sei, wer die Protestversammlung besuche, werde ausgeschlossen. Weit ausgeprägt sei die Vetterwirtschaft, und der beidbare Begriff habe sich auch beim Kollegen Wähling gezeigt, dem vom Verband anlässlich einer Schutzmannsbeleidigung die Gerichtskosten bezahlt und noch Gemaßregelungen-Unterstützung für die zu verbüßende Gefängnisstrafe bewilligt worden seien.

Die nun einsehende Diskussion war ziemlich lebhaft und wurde von einem Herr Binler, der auch vom Ausschluß betroffen ist, eröffnet. Er führte aus, das Beste gewollt zu haben und der § 4b (Ausschließung) müßte eigentlich nicht gegen ihn, sondern die ganze Geschäftsleitung der Zahlstelle angewandt werden. Flugblätter die 1700 M. (??) gekostet, seien gedruckt worden, die jetzt noch zur Hälfte daliegen. Der § 4b müßte auch gegen das Zentralvorstandsmitglied Jechms Anwendung finden, weil er, obwohl er sechs Tage Revision vorgenommen, eine verschleierte Rechnung vorgelegt habe. Desgleichen müßte das Vorstandsmitglied Höffel ausgeschlossen werden, der hierher gekommen sei, um jede Meinung bezw. Kritik zu unterdrücken. Im weiteren geht Redner auf bereits über den Geschäftsführer Wolf Gelasies ein. Stillschlicht der Lantienen bei dem Weberstreit sei man der Kommission jede Antwort schuldig geblieben. Zu Wolfs Verurteilung sei zu erwähnen, daß der Antrag gestellt worden war: Wolf ist sofort ohne Kündigung und ohne Gehalt zu entlassen. Nach zwei Tagen habe Höffel den Vorschlag gemacht: entweder sie gehen beide (Wolf und Uhlig) oder sie bleiben beide. Dem habe die Kommission zugestimmt. Als aber das Defizit kam, seien sie wieder aufrührerisch geworden. Die Folge war, Uhlig mußte gehen, Wolf kam nach Raffel. Uhlig sei durch schlechte Auskunft vom Gauleiter Dreffel überall unmöglich gemacht worden, obwohl er mehrfach Aussicht gehabt habe, wieder eine Anstellung zu finden.

Herr Eijel, ebenfalls ein Ausgeschlossener, bemängelt Wolfs Betragen nach außen hin. Eijels ganzes Verbrechen bestehe darin, daß er dies gerügt habe, und deshalb sei er ausgeschlossen worden. Der bisherige Geschäftsführer Uhlig erwähnte, daß die Vorkommnisse unliebsam und ihm nicht erwünscht seien. Wenn er mehr jage, als eigentlich angebracht sei, brauche man sich nicht zu wundern. Was er zu erdulden gehabt, übersteige die Grenzen. Schon als er nach Plauen gekommen, sei er mit Mißtrauen empfangen worden. Ja, Wolf habe ihm im Büro Schellen angeboten und ihn vor den Mitgliedern nur so herunter gerissen. Er bespricht die von Wolf beabsichtigte Gehaltskürzung und erwähnt, daß der Zentralvorstand dies nicht billigte. Sein Verschulden sei, daß er nicht den Instanzenweg beschritten habe. Aber wie hätte er sich denn im Instanzenweg beschweren sollen, da Wolf und Dreffel seine Vorgesetzten waren. Er habe sich doch über diese bei diesen nicht beschweren können. Dreffel habe sich in seiner (Uhligs) Wohnung ungebührlich betragen und ihm gesagt: „Du kommst jetzt näher in den Schillergarten und gibst deine Schlüssel ab!“ Dort habe es geheißen: „Gib die Schlüssel ab!“ Als er sich weigerte, habe ihn Dreffel gezwungen, die Schlüssel abzugeben, und hierauf habe er ihm diese vor die Füße geworfen. Der Dreffelschlüssel sei ihm ebenfalls abgenommen worden. Nach einer von Dreffel, Hüblich-Berlin und Wolf vorgenommenen Revision sei ein Fehlbetrag von 618 M. zu verzeichnen gewesen, dem aber 27 M. Mantogelb gegenüberstanden. Nach drei Wochen, als ihm die Kasse abgenommen war, sei das Defizit schon auf 200, 14 Tage später auf 300 und am Quartalschluß auf 400 M. angewachsen. Jetzt werde ein Betrag nach dem andern gefunden, und angeklagt sei nur noch ein Defizit von 100 M. vorhanden. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß ein Defizit überhaupt nicht vorhanden ist. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er aus der Partei ausgetreten sei. Er habe dies getan, weil er - nachdem mit solchen Mitteln gegen ihn gearbeitet werde - hätte erwarten müssen, daß er ausgeschlossen würde. Die angekündigte Profichüre müsse er veröffentlichen, weil Flugblätter gegen ihn verbreitet oder in Verbreitung seien. Hinsichtlich des Verfalls, ihm das Defizit in die Schuhe zu schieben, verlange er die Stellung eines Strafmandats gegen sich. Er habe schon selbst Strafantrag stellen wollen, dieser sei aber von der Staatsanwaltschaft nicht angenommen worden.

Ein Herr Gerbeith betonte, daß seit Jahren ein gewisses System hier herrsche. Schon in einer von 2 1/2 Jahren abgehaltenen Protestversammlung seien die Fähigkeiten Wolfs angezweifelt worden. Den Befähigungsanweis habe er nicht erbracht. Zu verurteilen sei, daß Dreffel sich als Diktator aufspiele und er antwortete: „Ich werde schon dafür sorgen, daß Uhlig kein Amt mehr bekommt!“ Er würde schwarze Listen, deren Ausgabe von den Arbeitern verweigert werde, in der Gewerkschaft geführt. Er erklärte noch, daß er sich keiner Partei verkaufe, aber als zahlendes Mitglied verlange er, daß ihm auch Stimmrecht zugestanden werde. Sein Ausschluß entspreche der futuristischen Begründung; nicht der Zentralvorstand, sondern nur eine Generalversammlung sei ermächtigt, Mitglieder auszuschließen. Uhlig erwiderte: Im Revisionsprotokoll sei festgestellt worden, daß trotz unermesslicher Revision alles bis auf einen Beleg fähige. Er überlasse es der Versammlung, über die Redewendung Dreffels: „Der Hund (Uhlig) muß endgültig begraben werden!“ zu urteilen. Der nachfolgende Redner, Eiler, hielt noch fest, daß anlässlich des Lambertierstreiks sog. Doppelisten (Anzahlungslisten) geführt worden seien. Als er darauf zu sprechen kam, daß Geschäftsführer Hahn während der Reichstagswahl für seine Arbeit im Wahlbüro täglich 6 M. erhalten

und der Verband der Textilarbeiter zur Erledigung der Arbeiten eine bezahlte Ausschilfe stellen mußte und Hahn sich hinterher wegen des guten Ausfalls der Wahl 100 M. bewilligt habe, ohne den engeren Vorstand zu fragen, ertönten empörte Zwischenrufe.

Als sich der Geschäftsführer des Maurerverbandes, Schnirch, zum Worte meldete, entstand große Unruhe und zweimal erging vom Versammlungsleiter an ihn die Aufforderung, das Lokal zu verlassen. Gegen Schnirch wurde der Vorwurf erhoben, immer versucht zu haben, die Textilarbeiter in den Schmutz zu ziehen. Die Unruhe wuchs jetzt, und nur mit Mühe war es möglich, an die Erledigung des zweiten Punktes, Gründung einer Lokalorganisation, heranzutreten. Nach ergangenem Vorschlag, eine Kommission zu wählen, welche die Vorarbeiten dazu treffen soll, betonte Uhlig, daß es sich um eine schwerwiegende Angelegenheit handle. Der Kollege, welcher über den Punkt referieren sollte, sei durch eine Schreibung der zu Unrecht bestehenden Geschäftsleitung am Erscheinen verhindert. Die Sache sei so gebracht, daß getrennt marschiert, aber vereint geschlagen werden soll. Die Schuld an der Zersplitterung trage der Zentralvorstand, und die finanzielle Frage sei selbst bei geringer Mitgliederzahl durchzuführen. Im weiteren beschäftigte er sich mit dem Geschäftsführer Hahn, wobei auch Beleidigungen fielen. Von einem Herrn Grimm wurde gefordert, daß die jetzigen Geschäftsführer der hiesigen Zahlstelle abdanken, aber keine Lokalorganisation gegründet werden soll.

Unter erheblichem Widerspruch meldete sich sodann ein Herr Helmrich aus Leipzig, Vorsitzender einer Sonderorganisation der Metallarbeiter dafelbst, zu Wort. Er ermunterte zur Gründung einer Lokalorganisation und gab die in Leipzig gemachten Erfahrungen bekannt. Die Abstimmung darüber, ob eine besondere Organisation gegründet werden soll, erfolgte unter allgemeiner Unruhe. Vom Vorstehen wurde bekannt gegeben, daß der Antrag angenommen worden sei und sieben Mann in die Kommission gewählt seien. Als Herr Schnirch sich wieder zum Worte meldete, und von anderer Seite gefordert wurde, daß die Berichterstatter der bürgerlichen Zeitung den Saal verlassen sollten, steigerte sich der Tumult. Als der Versammlungsleiter sich nicht wieder Gehör zu verschaffen vermochte, schloß er kurzerhand die Versammlung gegen 12 Uhr.

Zwei Resolutionen, die genügend Unterstützung gefunden, über die aber nicht abgestimmt worden ist, seien noch angefügt. Sie lauten: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem ohne Angaben von Gründen erfolgten Ausschluß einzelner Mitglieder. Darin, daß die Ausschließung auf die freie Kritik der Ausgeschlossenen in den letzten Versammlungen zurückzuführen sein dürfte, erblickt die Versammlung eine Verletzung des den freien Gewerkschaften innewohnenden demokratischen Prinzips. Da zu befürchten steht, daß auch für die Folge die in der Gewerkschaft bisher einzig bestehende Ausnahme zur Gepflogenheit oder Regel gemacht wird, protestiert die Versammlung nachdrücklich gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes, und beschließt, diese Protestresolution dem Ausschuß des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Berlin unverzüglich zugehen zu lassen.“

In der zweiten Resolution heißt es: „Die nach dem 'Schühnhof' einberufene Versammlung verurteilt scharf das Verhalten und Vorgehen des Zentralvorstandes, sowie der gesamten Verwaltung der hiesigen Filiale. Die Aussprüche einzelner Zentralvorstandsmitglieder sowie die Handlungsweise Dreffels sind Faustschläge ins Gesicht freier Arbeiter. Der Ausschuß der von der Versammlung zweimal gewählten Kommission, die Beleidigung derselben durch den Geschäftsführer Hahn bedeutet eine unerhörte Beleidigung der gesamten Mitgliedschaft. Die Versammlungen sprechen dem Zentralvorstand ein an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassendes Mißtrauensvotum aus. Sie verlangen für ihre Pflichten auch Rechte und fordern die Ausübung der gestifteten und mit erdrückender Mehrheit unterstützten Anträge, deren Abstimmung durch die vorzeitige Aufhebung der Versammlung hintertrieben wurde. Der Zentralvorstand besitzt nicht diktatorische Gewalt, er hat einzig und allein die Beschlüsse der Mitglieder auszuführen.“

Berichtigung.

In dem Artikel in Nr. 35 unseres Organs, „Können die christlichen Arbeiter für die Errichtung von Landstrankekassen eintreten?“ hat der Druckfehlerentziffer sein Unwesen getrieben. Es heißt da in dem vorletzten Satz: „Darum erscheint es viel richtiger und zweckmäßiger, überall dort, wo bereits Ortsstrankekassen bestehen, oder wo irgendwie Industriebevölkerung in Frage kommt, auf die Errichtung von Ortsstrankekassen zu verzichten.“

Das muß jedoch, wie auch aus dem Artikel leicht zu ersehen ist, heißen, daß man auf die Errichtung von Landstrankekassen verzichten möge.

In der textilwirtschaftlichen Rundschau der vorigen Nummer heißt es statt Bolkmarkt, Weltmarkt.

Briefkasten.

Nach Eupen. Ihre Zuschrift ist nicht aufgenommen worden, weil sie zur Aufnahme total ungeeignet war. Uebrigens ist ihr in der vorigen Nummer Erwähnung getan worden. Das genügt uns und den Mitgliedern.

Nach Greven. Derartige Anzeigen können wir in unserem Organ laut eines Verbandsratsbeschlusses nicht bringen.

Versammlungskalender.

- Auers-St. Georg. 22. September, 10 1/2 Uhr, im Lokale Witwe Bernh. Clapen.
- Bedburg. 19. September, 7 Uhr, im Lokale zum Jägerhof.
- Betrath. 14. September, 1/2 9 Uhr, im Lokale von Rudolf Gerads, außerordentliche Generalversammlung.
- Borghorst. 15. September, Mitgliederversammlung.
- 22. September, Versammlung für Jugendliche.
- Burgwalden. 22. September, gleich nach dem Hochamt, im Lokale Jakob Kläfer, Besprechung über Unterrichtsurfas.
- Dahlhausen (Wupper). 15. Sept., 2 Uhr, bei Heinrich Engel.
- Derfslag. 15. September, 10 1/2 Uhr, im Lokale Wehlfälischer Hof Karl Jäger, Generalversammlung.
- Dorabusch. 15. Sept., 1/2 11 Uhr, bei Witwe Hehnen.
- Emdeiten. 15. September, 11 1/2 Uhr, im Lokale Wilh. Eumann.
- Eupen. 18. September, 9 Uhr, im Lokale Mart. Berg-Schöne Neustraße, außerordentliche Mitgliedervert.
- Forst (Raust). 17. September, 8 1/2 Uhr, im Lokale Graßmann (Gerberstr.).
- Greifath. 15. September, 11 Uhr, im Lokale der Witwe Sammes.

- Greiz. 26. September, 1/2 9 Uhr, bei Gräfers.
- M.-Gladbach-Erfen. 14. September, 8 Uhr, im Lokale Metz Schumacher (früher Canter).
- Luckenwalde. 15. September, 3 1/2 Uhr, im Lokale bei Metz am Markt, Generalversammlung.
- Nieukerk. 15. September, 11 Uhr, im Lokale Joh. Geymanns kleiner Saal oben.
- Neuwerk. 28. September 9 Uhr, im Lokale Anton Kommer's Kirchen.
- Schaag. 15. September, 10 1/2 Uhr, im Lokale Franz Müllermeister.
- Soran N.-L. 19. September, 8 Uhr, im Gasthof zu den drei Linden.
- Weihenburg i. B. 7. September, 8 Uhr, in der Krone.
- Wegberg. 29. September, 9 Uhr, im Lokale „Wegberg's Hof“, Vorstand's- u. Vertrauensmännerf. Gleich nach dem Hochamt Mitgliederversammlung.

I. Agitationsbezirk Krefeld.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags punkt 3 Uhr in Dülken im Lokale M. Ummeln (oben) statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht, 2. Bericht über die Generalversammlung, 3. Referat über die allgemeine Lage. Die Delegierten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Mit kollegialem Gruß
Jakob Pech, Bezirksleiter.

II. Verbandsbezirk M.-Gladbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 20. Oktober, statt. Die Ortsgruppenvorstände wollen die Wahlen der Delegierten, soweit dies noch nicht geschehen, nach § 40 unseres Statuts vornehmen und die Adressen der gewählten Mitglieder dem Unterzeichneten unverzüglich mitteilen. Näheres über die Konferenz wird den Delegierten durch Rundschreiben zugestellt werden.

Mit kollegialem Gruß
Wilhelm Hermes, Bezirksleiter, M.-Gladbach, Süperzenderstr. 30.

Agitationsbezirk Straßburg-Mühlhausen.

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz für den Bezirk Straßburg-Mühlhausen findet am 13. Oktober in Colmar statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Wilhelm Köhling, Bezirksleiter.

VIII. Bezirk Baden.

Unsere Bezirkskonferenz findet statt am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr im „Marahof“ in Basel (Gingang Hammerstraße 56 oder Marahofweg, zwei Minuten vom Badischen Bahnhof entfernt). Die Ortsgruppen wollen in ihren nächsten Versammlungen die Delegierten wählen. (§ 40 des Statuts.) Tagesordnung u. wird den Ortsgruppen noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Ernst Rümmele, Bezirksleiter.

IX. Verbandsbezirk Brandenburg-Sachsen-Chüringen.

Die diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt:

Für die Gaue Vogtland und Oberlausitz gemeinsam am 6. Oktober, nachmittags 1/2 3 Uhr in Dresden. (Tagungsort: Hotel „Stadt Petersburg“ am Neumarkt, hinter der Frauenkirche. Vom Hauptbahnhof mit Nr. 16 der Straßenbahn.)

Morgens 11 Uhr findet in demselben Lokale eine Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften statt. Die Delegierten werden ersucht, auch hieran vollständig teilzunehmen.

Für den Gau Niederlausitz findet die Konferenz am 13. Oktober, morgens 10 Uhr im „Bürgerhaus“ in Spremberg N.-L. statt.

Die Wahl der Delegierten regelt sich nach § 40 des Verbandsstatuts. Tagesordnung und alles Nähere wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben. Mit kollegialem Gruß Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

Inhaltsverzeichnis.

Fröhlich sein! - Artikel: Zur Verbandsgeneralversammlung. - Die Fleishteuerung. - Qualitätschutz für deutsche Textilarbeiter. - Vorwärts mit der Konsumvereinsbewegung. - Feuilleton: Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie. - Allgemeine Rundschau: Was sind die christlichen Gewerkschaften? - Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Niederrhein. - Führer und Mitglieder. - Sozialdemokratische Urteile über die christlichen Gewerkschaften. - Ein Entwurf zu einem Reichswohnungsgesetz. - Ein Industrieorgan über das „Arbeitswilligenschuß“-Geschrei. - Ist die Arbeiterversicherung für die Industrie ein Last oder eine Wohltat? - Was verschuldet die Gärung unter der englischen Arbeitererschaft? - Aus unserer Industrie: Eine aufsehenerregende Gründung in der Textilindustrie. - Wo rührt das Kapitalgebilde her? - Glühstrümpfe aus Kunstseide. - Aus dem Verbandsgebiete: Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. - Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Dülken. - Forst (Raust). - Göppingen (Württemberg). - M.-Gladbach. - Berichte aus den Ortsgruppen: Plauen. - Berichtigung. - Briefkasten. - Versammlungskalender. - Anzeigen.